

Das Unterhaltsrecht in der familienrechtlichen Praxis

Dose

11. Auflage 2026
ISBN 978-3-406-81066-4
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein

umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Dose
Das Unterhaltsrecht in der familienrechtlichen Praxis

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Das Unterhaltsrecht in der familienrechtlichen Praxis

Die neueste Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs und die Leitlinien der
Oberlandesgerichte zum Unterhaltsrecht sowie zum Verfahren in Unterhaltsprozessen

Begründet von

Philip Wendl und Siegfried Staudigl

Herausgegeben von

Hans-Joachim Dose

Bearbeitet von

VRiOLG Dr. Regina Bömelburg, Köln

VRiBGH a. D. und Rechtsanwalt Hans-Joachim Dose, Nürnberg

VRiBGH Hartmut Guhling, Karlsruhe

RiBGH a. D. Prof. Dr. Frank Klinkhammer, Düsseldorf

RiOLG Jens Langeheine, Stuttgart

RiBGH Dr. Daniela Recknagel, Karlsruhe

RiOLG Nicole Siebert, München

Rechtsanwalt und Notar Ulrich Spieker, Bielefeld

VRiOLG Christine Wölle, Stuttgart

11. Auflage 2026



Zitiervorschlag:
Dose UnterhaltsR/Guhling § 5 Rn. 19

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck.de

ISBN 978 3 406 81066 4

© 2026 Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG

Wilhelmstr. 9, 80801 München

info@beck.de

Satz, Druck und Bindung: Druckerei C.H.Beck, Nördlingen

(Adresse wie Verlag)

Umschlag: Druckerei C.H.Beck Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig

produksicherheit.beck.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort zur 11. Auflage

Im äußersten Erscheinungsbild haben sich mit der Neuauflage zwei Dinge geändert. Nachdem das Werk von der 1. bis zur 7. Auflage als Wendl/Staudigl und von der 8. bis zur 10. Auflage als Wendl/Dose erschienen war, erscheint es nun, entsprechend der neueren Verlagsstrategie, unter der alleinigen Bezeichnung des Herausgebers. Zudem soll durch die geringfügige Änderung des Titels verdeutlicht werden, dass das Werk, trotz und gerade wegen seiner engen Anknüpfung an die höchstrichterliche Rechtsprechung, nicht nur für die **familienrichterliche**, sondern für die gesamte **familienrechtliche** Praxis eine wichtige Entscheidungshilfe bietet.

Mit der 11. Auflage haben sich auch im Autorenteam erneut Änderungen ergeben. Die Mitautoren Peter Gerhardt und Werner Gutdeutsch haben ihrer Kommentierungen nun in jüngere Hände gelegt. Ich habe von Peter Gerhardt die Ausführungen zu Einkünften aus Vermietung und Verpachtung und zur Behandlung einer unzumutbaren Erwerbstätigkeit übernommen. Nicole Siebert führt zusätzlich die Kommentierung zur Bemessung des bereinigten Nettoeinkommens fort. Hartmut Guhling hat von Werner Gutdeutsch zusätzlich die Ausführungen zur Unterhaltsberechnung im Grenzbereich zwischen konkretem Bedarf und Quote, zum Vorsorgeunterhalt sowie zur Bedürftigkeit und zur Leistungsfähigkeit beim Ehegattenunterhalt fortgeführt. Mit der Neuauflage hat Jens Langeheine von mir den umfangreichen Teil zum materiellen Recht und zum Verfahrensrecht in Fällen mit Auslandsberührung in § 9 übernommen. Und schließlich hat Daniela Recknagel von Dietrich Schmitz die Ausführungen in § 10 zum unterhaltsrechtlichen Verfahrensrecht übernommen. Die Autoren danken den nun ausgeschiedenen Kollegen Peter Gerhardt, Werner Gutdeutsch und Dietrich Schmitz herzlich für ihre zuverlässige und äußerst kollegiale Mitarbeit.

Mit Regina Bömelburg, Hans-Joachim Dose, Hartmut Guhling, Frank Klinkhammer, Jens Langeheine, Daniela Recknagel, Nicole Siebert, Ulrich Spieker und Christine Wönne besteht das Autorenteam weiterhin aus besonders qualifizierten Praktikern mit langjähriger fundierter familienrichterlicher Erfahrung.

Erneut hat sich die große Bedeutung des Standardwerks zum Unterhaltsrecht eindrucksvoll an den vielen Zitaten in anwaltlichen Schriftsätzen und gerichtlichen Entscheidungen gezeigt. Die nun vorliegende 11. Auflage knüpft an diesen Erfolg an. Wie in den Vorauflagen haben es sich die Autoren zur Aufgabe gemacht, das weit gefächerte und in Teilbereichen sehr komplizierte Unterhaltsrecht für den im Familienrecht tätigen Praktiker einerseits verständlich, andererseits aber auch möglichst lückenlos und mit Bezug auf die höchstrichterliche Rechtsprechung darzustellen, um eine zuverlässige Anwendung auf den Einzelfall zu gewährleisten. Dem schnellen Verständnis dienen auch die vielen in den Text aufgenommenen Berechnungsbeispiele.

Das den Unterhaltsbemessungen zugrundeliegende materielle Recht, Verfahrensrecht, Sozialrecht und auch das internationale Recht hat sich erneut nicht unwesentlich geändert. Zugleich sind viele Grundsatzentscheidungen des Bundesgerichtshofs hinzugekommen, in denen das Unterhaltsrecht weiter fortentwickelt worden ist. Die Autoren haben alle gesetzlichen Neuregelungen und den aktuellen Stand der Rechtsprechung bis Ende August 2025 berücksichtigt. Wichtige spätere Änderungen und Entscheidungen sind noch während der Satzarbeiten nachgetragen worden. Auch das Sachverzeichnis ist erneut überarbeitet und erweitert worden.

Die Ausführungen in § 1 zur Ermittlung des unterhaltsrechtlich relevanten Einkommens sind unter Berücksichtigung zwischenzeitlicher Gesetzesänderungen und der neuesten Rechtsprechung aktualisiert worden. Dabei sind von Ulrich Spieker, Nicole Siebert und

Vorwort zur 11. Auflage

mir alle denkbaren Einkommensarten, einschließlich der Einkünfte Selbstständiger, der Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung, der Vermögenseinkünfte, der Einkünfte aus Pensionen und Renten sowie der Einkünfte aus sozialstaatlichen Zuwendungen und deren unterhaltsrechtliche Relevanz dargestellt. Auch die Bedeutung eines Wohnvorteils und die nach der neuesten Rechtsprechung, wie bei Mieteinkünften, gebotene Berücksichtigung von zur Finanzierung aufgenommenen Zins- und Tilgungsleistungen werden detailliert dargestellt. Die Unterhaltsrelevanz faktiver Einkünfte, die Behandlung von Einkünften aus überobligatorischer Tätigkeit, steuerrechtliche Auswirkungen auf die Unterhaltsbemessung und die Voraussetzungen von Auskunftsansprüchen zur Ermittlung des unterhaltsrelevanten Einkommens sind ebenfalls behandelt.

Die Ausführungen zum Kindesunterhalt hat Frank Klinkhammer in § 2 A bis H unter Berücksichtigung der neuesten Rechtsprechung des BGH zur Bemessung des Unterhaltsbedarfs nach dem gemeinsamen Einkommen der Eltern, zum Bedarf bei besonders günstigen Einkommensverhältnissen der Eltern und zu Mehrbedarfen aktualisiert und mit sehr verständlichen Berechnungsbeispielen versehen. Gleiches gilt für die Unterhaltsansprüche sonstiger Verwandter, insbesondere den Eltern- und den Enkelunterhalt, den Christine Wölle in § 2 I bis M auch im Hinblick auf gesetzliche Neuregelungen und die neueste Rechtsprechung des BGH zu dem insoweit zu beachtenden Selbstbehalt äußerst verständlich dargestellt hat. Die Voraussetzungen und die Bemessung des Familienunterhalts einschließlich der Konkurrenzen mit anderen Unterhaltsansprüchen hat Regina Bömelburg in § 3 lückenlos dargestellt. In § 4 hat sie zudem die allgemeinen Grundsätze des Trennungsunterhalts und des nachehelichen Unterhalts erläutert und die Voraussetzungen und Folgen der verschiedenen Tatbestände des nachehelichen Unterhalts, ebenfalls unter Berücksichtigung der aktuellen höchstrichterlichen Rechtsprechung, dargestellt. Einbezogen ist auch die inzwischen gefestigte Rechtsprechung des BGH zum Betreuungsunterhalt nach § 1570 BGB und die aktuelle Rechtsprechung der Oberlandesgerichte dazu, einschließlich der entsprechenden Ausführungen in den Leitlinien.

Nicole Siebert und Hartmut Guhling liefern in der Neuauflage eine umfassende und ebenfalls lückenlose Darstellung der Bedarfsbemessung beim Ehegattenunterhalt vom Mindestbedarf über die Bemessung im Wege der Quotenmethode bis zum Wahlrecht zwischen der modifizierten Quotenmethode und einer konkreten Bedarfsbemessung bei besonders günstigen Lebensverhältnissen der Ehegatten oberhalb des Höchstbetrags der jeweils aktuellen Düsseldorfer Tabelle. Auch insoweit ist auf die inzwischen gefestigte Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs Bezug genommen. Im Anschluss folgen eine für die Praxis sehr hilfreiche Darstellung des Vorsorgeunterhalts, der in der familienrechtlichen Praxis immer größere Bedeutung gewinnt und in der Rechtsprechung des BGH weiter konkretisiert worden ist. Auch die folgenden grundlegenden Ausführungen zur Bemessung der Bedürftigkeit des Unterhaltsberechtigten und der Leistungsfähigkeit des Unterhaltpflichtigen sind lesenswert und äußerst hilfreich für die Unterhaltsbemessung in der Praxis. Christine Wölle hat in ihren wichtigen Ausführungen zu den Voraussetzungen und zum Umfang einer Herabsetzung und Befristung des nachehelichen Unterhalts auch die weitere aktuelle Rechtsprechung berücksichtigt und mit vielen aussagekräftigen Entscheidungen belegt. Gleiches gilt für die Ausführungen von Nicole Siebert zur Anwendung der Härteklausel des § 1579 BGB.

Die Rangverhältnisse verschiedener Unterhaltsansprüche sowie die Mangelfalle unter Berücksichtigung der einem Unterhaltpflichtigen zu belassenden Selbstbehalte werden in § 5 von Hartmut Guhling dargestellt und mit der neuesten höchstrichterlichen Rechtsprechung belegt. In seinen Ausführungen sind anhand vieler Rechenbeispiele auch komplizierte Konstellationen sehr verständlich aufgeführt. In § 6 befassen sich die Autoren mit der aktuellen Rechtsprechung zu unterhaltsrechtlichen Sonderfragen, etwa des Sonderbedarfs (Frank Klinkhammer), des Unterhalts für die Vergangenheit und der Rückforderung zu viel geleisteten Unterhalts (Nicole Siebert), den besonders wichtigen Voraussetzungen und Grenzen von Vereinbarungen zum Ehegattenunterhalt (Christine Wölle), der Auf-

rechnung mit Gegenforderungen, des Unterhalts bei Gütergemeinschaft sowie der wichtigen Darlegungs- und Beweislast im Unterhaltsverfahren (Hans-Joachim Dose).

Voraussetzungen und Umfang von Unterhaltsansprüchen zwischen nicht verheirateten Eltern und zwischen Lebenspartnern hat Regina Bömelburg in § 7 auf der Grundlage der aktuellen Rechtsentwicklung dargestellt. Sozialrechtliche Fragen mit Bezug zum Unterhaltsrecht sind von Frank Klinkhammer in § 8 behandelt. Beide Autoren haben dabei die neueste Rechtsentwicklung und natürlich auch die unterhaltsrelevante neueste Rechtsprechung einbezogen.

Die Ausführungen zum familiengerichtlichen Verfahren hat Daniela Recknagel übernommen und auf der Grundlage der aktuellen höchstrichterlichen Rechtsprechung völlig neu bearbeitet. Neben den Grundsätzen des erstinstanzlichen Verfahrens ist in § 10 insbesondere das Abänderungsverfahren, der einstweilige Rechtsschutz, das Rechtsmittel in Unterhaltssachen, das vereinfachte Verfahren über den Unterhalt Minderjähriger und das Vollstreckungsrecht auf der Grundlage der dazu ergangenen Rechtsprechung umfassend dargestellt.

Die Ausführungen in § 9 zur Auswirkung eines Auslandsbezugs auf das materielle Recht, das Verfahrensrecht und die Vollstreckbarkeit hat in der Neuauflage Jens Langeheine übernommen und ebenfalls auf den neuesten Stand gebracht. Die einschlägigen europäischen Verordnungen und internationale Übereinkommen sowie die Umsetzung in das innerstaatliche Recht durch das Auslandsunterhaltsgesetz sind mit ihren Voraussetzungen und Folgen umfassend und mit Bezug auf die dazu ergangene höchstrichterliche Rechtsprechung, auch des EuGH, dargestellt. Zugleich sind die Ausführungen und Übersichten zur Bemessung und Umrechnung des geschuldeten Unterhalts bei Auslandsbezug aktualisiert worden. Gleiches gilt für die sehr hilfreiche Darstellung des materiellen Unterhaltsrechts in insgesamt 27 europäischen und wichtigen außereuropäischen Ländern.

Um dem Anspruch als Standardwerk der unterhaltsrechtlichen Praxis gerecht zu werden haben alle Mitautoren die aktuelle höchstrichterliche Rechtsprechung eingearbeitet und zitiert. Entsprechend ist auch der Teil R mit den wichtigsten höchstrichterlichen Entscheidungen überarbeitet worden. Ältere Entscheidungen, die an Bedeutung verloren haben, wurden gestrichen. Neuere Entscheidungen zu aktuell umstrittenen und grundlegenden Rechtsfragen wurden mit ihren wichtigsten Passagen zusätzlich aufgenommen.

Die Autoren bedanken sich für die zahlreichen Hinweise, die sie aus dem Kreis der Leser erreicht haben, und bitten darum, auch die Neuauflage kritisch zu begleiten. Unseren Familien, die unter der zeitraubenden Autorentätigkeit besonders leiden mussten, danken wir herzlich für Ihre Geduld und das Verständnis, dass sie uns entgegengebracht haben. Dank gilt auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Lektorats für die Koordinierung und die verständnisvolle Unterstützung unserer Arbeit.

Im September 2025

Hans-Joachim Dose

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 11. Auflage	V
Abkürzungsverzeichnis	XLIX
Hinweise für die Benutzung der 11. Auflage	LI

§ 1 Die Ermittlung des unterhaltsrechtlich relevanten Einkommens	1
A. Überblick und Grundlagen	1
I. Der Unterhaltsanspruch	1
1. Unterhaltsberechtigungen	1
2. Struktur des Unterhaltsanspruchs	4
3. Prüfungsschema	5
4. Höhe des Unterhalts und Zahlungsweise	6
5. Härteregelungen	8
6. Unterhalt und Sozialhilfe	8
7. Gerichtliches Verfahren	9
II. Zu den Tabellen und Leitlinien der Oberlandesgerichte	9
1. Die Bedeutung von Tabellen und Leitlinien in der Praxis	9
2. Düsseldorfer Tabelle zum Unterhaltsbedarf	10
3. Oberlandesgerichtliche Leitlinien zum Unterhaltsrecht	11
III. Zum anrechenbaren monatlichen Nettoeinkommen	12
1. Grundsatz der unterschiedslosen Erfassung aller Einkünfte aus allen Einkommensarten	12
2. Zur Berechnung des anrechenbaren Nettoeinkommens	13
3. Zum monatlichen Nettoeinkommen	14
4. Zur Berücksichtigung von Abfindungen und einmaligen höheren Zuwendungen	16
IV. Unterschiedliche Berücksichtigung der Einkünfte bei der Berechnung des Kindesunterhalts und des Ehegattenunterhalts	17
1. Berücksichtigung der Einkünfte beim Kindesunterhalt	17
2. Berücksichtigung der Einkünfte beim Ehegattenunterhalt	18
3. Zusammenfassendes Ergebnis	21
V. Ermittlung der unterhaltsrechtlich relevanten Einkünfte anhand steuerrechtlicher Unterlagen	22
1. Darlegungen der Beteiligten zum unterhaltsrechtlich relevanten Einkommen	22
2. Richterliche Ermittlung unterhaltsrechtlich relevanter Einkünfte und Vorlage von Unterlagen	23
3. Unterhaltsrechtliche Relevanz steuerrechtlich erfasster Einkünfte	24
4. Steuerrechtliche und unterhaltsrechtliche Einkunftsarten	26
5. Gliederung der unterhaltsrechtlich relevanten Einkünfte	26
B. Einkünfte aus abhängiger Arbeit sowie Nebeneinkünfte und Lohnersatzleistungen bei oder nach einem bestehenden Arbeitsverhältnis	28
I. Überblick	28
1. Bruttoeinnahmen und berufsbedingte Aufwendungen	28
2. Nicht berufsbedingte Aufwendungen	29
II. Der Prüfungszeitraum	29

Inhaltsverzeichnis

III.	Typische Bruttoeinnahmen	31
1.	Barbezüge aller Art	31
2.	Zweckbestimmte Entgelte für berufsbedingte Mehraufwendungen wie Spesen, Reisekosten und Auslösungen	35
3.	Die Leitlinien zu den Spesen, Reisekosten, Auslösen	37
4.	Vergütungen und Zuschläge für Überstunden, Mehrarbeit, Urlaubsaufgeltung und sonstige überobligatorische Belastungen, wie bei Zuschlägen für Schicht-, Nacht-, Feiertags- und Sonntagsarbeit sowie bei Zulagen für Schmutz-, Schwer- und Schwerstarbeit	38
5.	Sachbezüge, dh zusätzliche Leistungen des Arbeitgebers, die in einem geldwerten Vorteil bestehen	39
6.	Einmalige Zahlungen und Sonderzuwendungen wie zB Abfindungen uÄ	40
7.	Einkünfte aus Nebentätigkeiten und sonstiger Zweitarbeit neben einer hauptberuflichen Tätigkeit	42
8.	Sozialleistungen mit Lohnersatzfunktion	47
IV.	Berufs- und ausbildungsbedingte Aufwendungen	61
1.	Berufs- und ausbildungsbedingte Aufwendungen als Abzugsposten	61
2.	Zur Pauschalierung berufsbedingter Aufwendungen	62
3.	Konkrete Bemessung berufsbedingter Aufwendungen	67
4.	Berechnung von Fahrtkosten	67
5.	Zusammenstellung weiterer berufsbedingter oder ausbildungsbedingter Aufwendungen	70
6.	Berufsbedingte Aufwendungen, für die Zulagen (Auslands-, Kleider-, Schmutzzulagen) oder ähnliche Entgelte (Aufwandsentschädigungen, Spesen, Reisekosten) gezahlt werden	77
C.	Gewinneinkünfte – Einkommensermittlung durch Betriebsvermögensvergleich	78
I.	Die steuerlichen Gewinnermittlungsarten	78
II.	Einkünfte aus Gewerbetrieb	79
1.	Definition im Einkommensteuergesetz	79
2.	Umfang der Einkünfte aus Gewerbetrieb	80
3.	Gesetzliche Grundlagen der Gewinnermittlung	81
4.	Ausnahmeregelungen	82
III.	Der Jahresabschluss	82
1.	Die Elemente des Jahresabschlusses	82
2.	Handelsbilanz	82
3.	Das Eigenkapital	83
4.	Die Steuerbilanz	85
5.	Gewinn- und Verlustrechnung	86
6.	Anhang und Lagebericht	87
IV.	Die Doppelte Buchführung	88
1.	Vorbemerkung	88
2.	Grundzüge der doppelten Buchführung	88
3.	Buchungen auf Bestandskonten	89
4.	Buchungen auf Erfolgskonten	91
5.	Die Gewinn- und Verlustrechnung	92
6.	Das Privatkonto oder das variable Kapitalkonto	93
7.	Entwicklung des Jahresabschlusses aus der Buchführung	96

V. Die steuerliche Behandlung des Anlagevermögens	96
1. Definition	96
2. Arten des Anlagevermögens	97
3. Anschaffungskosten in der Bilanz	98
4. Absetzung für Abnutzung in der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung	98
5. Lineare AfA	100
6. Degrессive AfA	100
7. Sonderabschreibungen, und Investitionsabzugsbetrag	102
8. Sofortabschreibung bei geringwertigen Wirtschaftsgütern	105
9. Veräußerungserlöse	105
10. Finanzierung	107
11. Investitionszulagen	108
12. Investitionszuschüsse/sonstige Zuschüsse	109
VI. Unterhaltsrechtlich relevante Merkmale der Gewinnermittlung durch Betriebsvermögensvergleich	110
1. Periodengerechte Gewinnermittlung	110
2. Wareneinkauf, Bestandsveränderungen und Inventur	117
3. Betriebsvermögen	119
VII. Entnahmen und Einlagen	120
1. Entnahmen	120
2. Einlagen	123
D. Sonstige Gewinneinkünfte – Einkommensermittlung durch Einnahmen-Überschuss-Rechnung und nach Durchschnittssätzen sowie das Einkommen von Personengesellschaften	124
I. Einnahmen-Überschuss-Rechnung	124
1. Gesetzliche Grundlagen und Personenkreis	124
2. Methode der Gewinnermittlung	124
3. Steuerliche Unterlagen	126
4. Unterschiede zur Gewinn- und Verlustrechnung	127
II. Gewinnermittlung nach Durchschnittssätzen	130
1. Zum Personenkreis und zur Einkommensermittlung	130
2. Die Ermittlung der Durchschnittssätze	130
III. Einkommensermittlung durch Schätzung	130
IV. Wechsel der Gewinnermittlungsart	131
V. Ermittlung des Einkommens aus Beteiligung an Gesellschaften	132
1. Gesetzliche Grundlagen und Personenkreis	132
2. Besondere und einheitliche Gewinnfeststellung bei Mitunternehmerschaften	134
3. Betriebsverpachtung und Betriebsaufspaltung	137
E. Gewinneinkünfte im Unterhaltsrecht	139
I. Vorbemerkung	139
1. Verwertbarkeit steuerlicher Einkommensermittlung im Unterhaltsrecht	139
2. Vorbehalt der Nachprüfung	140
3. Steuerliche Außenprüfung (Betriebspflicht)	141
4. Steuerhinterziehung	141
II. Steuerrechtlich und unterhaltsrechtlich irrelevante Aufwendungen	141
III. Unterhaltsrechtlich relevante Unterschiede zwischen Gewinn- und Verlustrechnung und Einnahmen-Überschuss-Rechnung	142
IV. Unterhaltsrechtliche Bewertung der Gewinnermittlung nach Durchschnittssätzen und durch Schätzung	143
1. Gewinnermittlung nach Durchschnittssätzen	143

Inhaltsverzeichnis

2. Steuerliche Gewinnschätzungen	143
3. Einkünfte des Gesellschafter-Geschäftsführers einer GmbH	144
4. Unterhaltsrechtliche Ausschüttungsobligieheit	146
5. Gestaltungsmisbrauch – Korrektur inkongruenter Gewinnausschüttungen	147
V. Posten der Gewinn- und Verlustrechnung und der Einnahmen- Überschuss-Rechnung nach unterhaltsrechtlichen Kriterien	148
1. Erträge/Einnahmen	148
2. Aufwand/Betriebsausgaben	155
VI. Bilanzposten in unterhaltsrechtlicher Betrachtung	169
1. Vorbemerkung	169
2. Anlagevermögen	171
3. Umlaufvermögen	171
4. Forderungen und Verbindlichkeiten	171
5. Anzahlungen	172
6. Rechnungsabgrenzungsposten	172
7. Rückstellungen und Rücklagen	173
8. Wertberichtigungen	174
9. Kapital	174
10. Privatentnahmen und Privateinlagen	175
11. Investitionszulagen und Investitionszuschüsse	176
VII. Steuerliche Korrekturen außerhalb der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung	176
VIII. Berechnung des unterhaltsrechtlichen Einkommens	176
1. Prüfungszeitraum	176
2. Berücksichtigung von Verlusten aus anderen Wirtschaftsjahren	177
3. Berücksichtigung außerbetrieblicher Aufwendungen	178
4. Berücksichtigung des Übergangsgewinns beim Wechsel der Gewinnermittlungsart	178
IX. Auskunfts- und Belegpflichten	178
1. Allgemeines	178
2. Besonderheiten des Auskunftsanspruchs gegenüber Gewerbetreibenden und Selbstständigen	179
3. Besonderheiten des Beleganspruchs gegenüber Gewerbetreibenden und Selbstständigen	180
4. Besonderheiten bei Personengesellschaften	182
5. Auskünfte von Land- und Forstwirten	182
6. Auskunftspflichten bei Schätzungen	182
X. Alternative Methoden der Einkommensermittlung	183
1. Entnahmen als Grundlage der Einkommensermittlung	183
2. Cash flow	184
3. Fazit	185
F. Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung sowie aus einem Wohnvorteil	185
I. Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung	185
1. Zur Einkunfts- und Gewinnermittlungsart	185
2. Einnahmen	186
3. Abziehbare Ausgaben	187
4. Verluste	189
5. Zurechnung von Mieteinnahmen aus einem gemeinsamen Objekt und fiktive Mieteinnahmen aus unterlassener zumutbarer Vermietung	190
6. Eigene Mietkosten	192

II.	Der Wohnvorteil beim Wohnen im eigenen Haus	195
1.	Der Wohnvorteil als unterhaltsrechtlich zu berücksichtigender Vermögensvorteil	195
2.	Die unterhaltsrechtliche Bewertung des Wohnvorteils beim Ehegattenunterhalt	196
3.	Abziehbare Hauslasten, Instandhaltungskosten und Annuitätsleistungen vom Wohnwert	206
4.	Eigenheimzulage und sonstige staatliche Fördermittel	215
5.	Abzug von Hausschulden, die den Wohnwert übersteigen	215
6.	Nutzungsvergütung	219
7.	Unterhaltsrechtliche Auswirkung eines Wohnvorteils beim Ehegattenunterhalt	222
8.	Wohnvorteil und Unterhalt nach Veräußerung des Familienheims	228
9.	Unterhaltsrechtliche Auswirkungen des Wohnwerts beim Verwandtenunterhalt	236
G.	Einkünfte aus Vermögen, Verwertung des Vermögensstamms und fiktive Einkünfte bei unterlassener zumutbarer Vermögensnutzung bzw. unterlassener Verwertung des Vermögensstamms	245
I.	Einkünfte aus Vermögen	245
1.	Vermögenserträge	245
2.	Anrechnung von Vermögenseinkünften	246
3.	Ermittlung der Vermögenserträge	248
4.	Einkünfte aus Kapitalvermögen	249
5.	Einkünfte aus Grundstücken	250
II.	Zur Verwertung des Vermögensstamms	250
1.	Obliegenheit zur Verwertung des Vermögensstamms auf Grund einer Billigkeitsabwägung	250
2.	Verwertung des Vermögensstamms des Berechtigten beim nachehelichen Unterhalt (§ 1577 III BGB)	252
3.	Verwertung des Vermögensstamms des Berechtigten beim Trennungsunterhalt	254
4.	Verwertung des Vermögensstamms des Unterhaltpflichtigen beim nachehelichen Unterhalt (§ 1581 S. 2 BGB)	255
5.	Verwertung des Vermögensstamms des Unterhaltpflichtigen beim Trennungsunterhalt	256
6.	Verwertung des Vermögensstamms des Unterhaltpflichtigen beim Kindesunterhalt	257
7.	Verwertung des Vermögensstamms des Unterhaltsberechtigten beim Kindesunterhalt	259
8.	Verwertung des Vermögensstamms des Unterhaltpflichtigen beim Elternunterhalt	260
9.	Verwertung des Vermögensstamms des Unterhaltsberechtigten beim Elternunterhalt	263
10.	Vermögensverwertung beim Unterhaltsanspruch aus Anlass der Geburt	263
11.	Verwertung von Grundstücken	264
12.	Verwertung des ausgezahlten Kapitals einer Lebensversicherung	266
III.	Zurechnung fiktiver Erträge bei unterlassener zumutbarer Vermögensnutzung oder Vermögensverwertung	268
1.	Fiktive Zurechnung erzielbarer Erträge im Rahmen einer Obliegenheit zur Erzielung von Vermögenserträgen oder zur Vermögensverwertung	268

Inhaltsverzeichnis

2. Obliegenheiten bei Immobilien	270
3. Obliegenheiten bei Barvermögen, wie Sparguthaben, Zugewinnausgleichszahlungen oder Veräußerungserlösen	271
4. Obliegenheit zur Vermögensumschichtung	271
5. Obliegenheit zur Belastung eines vorhandenen Vermögens, zur Kreditaufnahme und zur Einziehung von Forderungen	274
6. Obliegenheit zur Verwertung von Erbanteilen und Pflichtteilsrechten	275
7. Höhe der fiktiv zurechenbaren Erträge	276
H. Einkünfte aus Pensionen, Renten und ähnlichen wiederkehrenden Bezügen Nichterwerbstätiger	277
I. Allgemeines	277
II. Arten von Versorgungsbezügen und Renten nebst Zulagen und Zuschlägen	279
III. Berücksichtigung von konkretem Mehrbedarf und Mehraufwand ..	282
1. Die allgemeine Regelung	282
2. Die Sonderregelung der §§ 1610a, 1578a, 1361 I 1 Hs. 2 BGB	283
IV. Berücksichtigung von Nebeneinkünften	285
V. Berücksichtigung einer Rentennachzahlung für die Zeit ab Antragstellung	286
I. Sonstige Einkünfte aus sozialstaatlichen Zuwendungen, freiwilligen Zuwendungen Dritter, Versorgungsleistungen des Berechtigten für seinen neuen Partner, aus Unterhaltsleistungen, Schmerzensgeld sowie nicht anzurechnende Vermögensvorteile	289
I. Sozialstaatliche Zuwendungen wie Wohngeld, BAföG, Pflege- und Erziehungsgeld, Kindergeld, Ausbildungsbeihilfen und -geld sowie Leistungen nach §§ 41 ff. SGB XII (Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung)	289
1. Allgemeines (vgl. auch → § 8 Rn. 1 ff. (Unterhalt und Sozialleistungen) und → § 8 Rn. 262 ff. (Unterhaltsvorschuss) ..	289
2. Zur Anrechnung von Wohngeld und Baukindergeld	290
3. Zur Anrechnung von BAföG-Leistungen	294
4. Kindergeld und Kinderzuschlag nach § 6a BKGG	297
5. Pflege- und Erziehungsgeld nach SGB VIII, Pflegegeld für Pflegepersonen nach SGB XI, Pflegegeld nach SGB XII, Leistungen nach dem Stiftungs- und dem Kindererziehungsleistungsgesetz	305
6. Ausbildungsbeihilfe und Ausbildungsgeld nach dem Arbeitsförderungsrecht (SGB III = AFG)	310
7. Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (§§ 41 ff. SGB XII)	311
II. Freiwillige unentgeltliche Zuwendungen eines Dritten	315
III. Zuwendungen eines neuen Partners an den Berechtigten sowie Gegenleistungen des Berechtigten an den neuen Partner	317
1. Allgemeines	317
2. Zur Anrechnung von Leistungen des neuen Partners	317
3. Zur fiktiven Anrechnung einer angemessenen Vergütung für Versorgungsleistungen des Unterhaltsberechtigten	318
4. Zur Bemessung der angemessenen Vergütung	319
5. Zur Wohnungsgewährung durch den neuen Partner	320
IV. Unterhaltsleistungen als anrechnungsfähiges Einkommen	321
1. Grundsatz	321
2. Ausnahmen	322

V. Schmerzensgeld	324
VI. Zu den nicht als Einkommen anzurechnenden Geldeinkünften	325
J. Fiktives Einkommen aus unterlassener zumutbarer Erwerbstätigkeit	330
I. Zurechnung fiktiver Einkünfte beim Unterhaltsschuldner	332
1. Allgemeine Grundsätze	332
2. Leistungsfähigkeit des Unterhaltpflichtigen bei leichtfertig herbeigeführter Einkommensminderung durch Arbeitsaufgabe, Berufswechsel, Selbständigkeit oder sonstige berufliche Veränderung	337
3. Unterhaltsbemessung bei nicht leichtfertig herbeigeführter Einkommensminderung	342
4. Bedarfsbemessung auf der Grundlage von fiktiv zugerechneten Einkünften des Unterhaltpflichtigen	345
5. Arbeitsplatzaufgabe wegen beruflicher Weiterbildung oder Zweitausbildung	348
6. Fiktives Einkommen bei Selbständigen	349
7. Fiktives Einkommen bei Arbeitsplatzverlust infolge von Straftaten, sonstigen Verfehlungen oder Alkoholmissbrauch	350
8. Fiktives Einkommen bei unentgeltlichen oder unterbezahlten Dienstleistungen gegenüber Dritten	351
II. Zurechnung fiktiver Einkünfte beim Berechtigten	352
1. Bedürftigkeitsminderung durch Zurechnung fiktiver Einkünfte bei unterlassener zumutbarer Erwerbstätigkeit	352
2. Zumutbare Erwerbstätigkeiten des Berechtigten	354
III. Ernsthafe Bemühungen um eine Erwerbstätigkeit und reale Beschäftigungschancen	356
1. Ernsthafe Bemühungen um eine Arbeitsstelle	356
2. Reale Beschäftigungschance auf dem Arbeitsmarkt	358
3. Darlegungs- und Beweislast zu den Arbeitsbemühungen und zur Beschäftigungschance	360
IV. Krankheitsbedingte Arbeitsunfähigkeit	360
1. Krankheitsbedingte Erwerbsunfähigkeit und Pflicht zur Wiederherstellung der Arbeitskraft	360
2. „Rentenneurose“ des Berechtigten	362
V. Bemessung und Dauer der fiktiven Einkünfte	363
1. Zur Bemessung fiktiver Einkünfte	363
2. Zur Dauer fiktiver Einkünfte	364
3. Vorsorgeunterhalt	365
K. Einkommen aus unzumutbarer Erwerbstätigkeit	366
I. Grundsatz	366
1. Abgrenzung zumutbare und unzumutbare Tätigkeit	366
2. Erwerbstätigkeit trotz Betreuung kleiner Kinder	367
II. Unzumutbare Tätigkeit beim Berechtigten	372
1. Unzumutbare Tätigkeit beim Ehegattenunterhalt	372
2. Anrechnung nach § 1577 II BGB beim Ehegattenunterhalt	374
3. Anrechnung bei Kindern	375
4. Anrechnung bei Ansprüchen nach § 1615l BGB	376
III. Anrechnung von Einkommen aus unzumutbarer Erwerbstätigkeit beim Verpflichteten	376
1. Einkünfte des Verpflichteten aus unzumutbarer Erwerbstätigkeit	376
2. Zur Anrechnung solcher Einkünfte	378

Inhaltsverzeichnis

L. Unterhalt und Einkommensteuer	381
I. Einführung	381
1. Besteuerung von Ehe und Familie und Grundgesetz	381
2. Unterhaltsrechtliche Relevanz von Steuern	383
3. Steuersätze	386
4. Einkommensteuergesetz, Richtlinien und amtliche Hinweise ..	391
II. Grundbegriffe des Einkommensteuerrechts	391
1. Steuerpflicht	391
2. Umfang der Besteuerung und Ermittlung des zu versteuernden Einkommens	393
3. Überblick über wichtige Abzugsposten von der Summe der Einkünfte oder dem Gesamtbetrag der Einkünfte	395
4. Die Entstehung und die Höhe der Einkommensteuer	403
5. Vorauszahlungen	404
6. Abzugsteuern	405
III. Besteuerung von Einkünften aus nichtselbständiger Tätigkeit	408
1. Einkommensermittlung	408
2. Lohnsteuerklassen	411
3. Freibeträge	415
IV. Einkommensteuerveranlagung nach steuerrechtlichen Kriterien	418
1. Veranlagungsarten im Einkommensteuergesetz	418
2. Einzelveranlagung	419
3. Ehegattenveranlagung	419
4. Verfahren	423
5. Gesamtschuld und Haftungsbeschränkung	424
6. Erstattung von Steuern	425
V. Unterhaltsrechtliche Kriterien für die Steuerveranlagung	425
1. Frühere Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes	425
2. Aktuelle Rechtsprechung	426
3. Zusammenfassung der Grundsätze und Musterberechnungen ..	429
VI. Die Abzugsfähigkeit von Unterhaltslasten beim Einkommen	432
1. Realsplitting	432
2. Unterhaltszahlungen als außergewöhnliche Belastung	437
VII. Berücksichtigung der Steuerbelastung beim unterhaltsrechtlichen Einkommen	439
1. Grundlagen	439
2. Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes	439
3. Ermittlung der unterhaltsrechtlich abzugsfähigen Steuern nach dem In-Prinzip	442
VIII. Steuerfragen bei Unterhalt, Zugewinn und Vermögen	445
1. Doppelberücksichtigung von Steuerschulden und Forderungen ..	445
2. Steuerprobleme bei der Übertragung von Einkommensquellen ..	446
M. Berechnung des bereinigten Nettoeinkommens durch unterhaltsrechtlich relevante Abzüge	448
I. Überblick zu den relevanten Abzügen	448
1. Das bereinigte Nettoeinkommen	448
2. Die Abzugsposten im Einzelnen:	452
II. Abzug von Steuern	453
1. Abzug der tatsächlich angefallenen Steuern	453
2. Eintragung von Freibeträgen	454
3. Wiederverheiratung des Pflichtigen	454
4. Fiktive Berechnung	456

5. Realsplitting	458
6. Zusammenveranlagung	459
III. Abzug von Vorsorgeaufwendungen	460
1. Bei Nichtselbstständigen	460
2. Bei Selbstständigen und Gewerbetreibenden	463
3. Krankenversicherungs- und Vorsorgeunterhalt	464
4. Kindesunterhalt	465
IV. Berufsbedingte Aufwendungen	465
1. Bei Gewinnermittlung	465
2. Bei Einkünften aus Kapital und Vermietung und Verpachtung ..	465
3. Bei Renten, Pensionen	465
4. Bei Nichtselbstständigen	465
V. Kinderbetreuungskosten und Betreuungsbonus	469
1. Kinderbetreuungskosten beim Partnerunterhalt	469
2. Betreuungsbonus	470
3. Berücksichtigungswürdigkeit beim Bedarf	471
4. Verwandtenunterhalt und Ansprüche nach § 1615l BGB	471
VI. Berücksichtigung eines Mehrbedarfs für Krankheit, Behinderung und Alter	471
1. Mehrbedarf und Mehrbedarfsfälle	471
2. Berücksichtigung eines Mehrbedarfs	472
VII. Berücksichtigung von Schulden	473
1. Zur Problematik der Berücksichtigung von Schulden sowie zu Regelungen in den Leitlinien	473
2. Abzug berücksichtigungswürdiger Schulden bei der Bedarfsermittlung des Ehegattenunterhalts	476
3. Berücksichtigungswürdige Schulden im Rahmen der Bedürftigkeit und Leistungsfähigkeit	483
4. Berücksichtigung von Schulden beim Verwandtenunterhalt ..	484
5. Verbraucherinsolvenz bei Überschuldung	487
VIII. Nur beim Ehegattenunterhalt und sonstigem Verwandtenunterhalt zu berücksichtigende Abzüge	488
1. Kindesunterhalt und sonstige Unterhaltslasten	488
2. Vermögenswirksame Leistungen des Pflichtigen	496
N. Der Anspruch auf Auskunft und Vorlage von Belegen	498
I. Der Auskunftsanspruch	498
1. Allgemeiner Überblick	498
2. Auskunft beim Ehegattenunterhalt	505
3. Auskunft beim Kindesunterhalt	506
4. Auskunft beim Elternunterhalt	508
5. Auskunft beim Unterhaltsanspruch aus Anlass der Geburt (§ 1615l BGB)	509
II. Die Auskunftserteilung	509
1. Die systematische Aufstellung	509
2. Der Zeitraum	512
3. Die Kosten	512
4. Zur Häufigkeit	513
5. Schadensersatzanspruch bei Verstoß gegen die Auskunftspflicht	514
III. Vorlage von Belegen über das Einkommen	515
1. Allgemeines	515
2. Der Umfang der Vorlagepflicht	516

Inhaltsverzeichnis

IV. Die Vollstreckung von Titeln zur Auskunft und zur Vorlage von Belegen	520
1. Vollstreckungsfähige Titel	520
2. Die Art der Vollstreckung	522
V. Die eidesstattliche Versicherung	524
1. Voraussetzungen	524
2. Die Durchsetzung des Anspruchs	525
VI. Die Verpflichtung zu ungefragten Informationen	526
1. Voraussetzungen	526
2. Die Folgen des Verschweigens	527
§ 2 Kindes-, Eltern- und sonstiger Verwandtenunterhalt	529
A. Grundlagen des Kindesunterhalts	529
I. Entstehung und Dauer des Unterhaltsanspruchs	529
1. Eltern-Kind-Verhältnis	529
2. Übersicht über die wichtigsten Anspruchsvoraussetzungen und Einwendungen gegen den Anspruch	531
3. Beginn und Ende des Unterhaltsanspruchs	533
II. Unterhaltsarten	534
1. Bar-, Betreuungs- und Naturalunterhalt	534
2. Gleichwertigkeit von Bar- und Betreuungsunterhalt	536
3. Verhältnis des Minderjährigen- zum Volljährigenunterhalt	538
III. Bestimmungsrecht der Eltern	540
1. Bestimmungsrecht	540
2. Bestimmungsberechtigung	541
3. Wirksamkeit der Unterhaltsbestimmung	543
4. Verfahren	546
B. Bedürftigkeit des Kindes	546
I. Unvermögen des Kindes, sich selbst zu unterhalten	546
1. Nichterwerbspflichtige Kinder	546
2. Ausbildungsbedürftige Kinder	547
3. Erwerbspflichtige Kinder	548
4. Erwerbspflicht des Kindes trotz Schwangerschaft oder Betreuung eines eigenen Kindes	549
II. Ausbildungsunterhalt	551
1. Ausbildungsanspruch	551
2. Berufswahl	552
3. Ausbildungsverpflichtungen des Kindes und Ausbildungsdauer	554
4. Finanzierung einer Zweitausbildung	560
5. Weiterbildung, insbesondere Studium nach einer praktischen Ausbildung	563
III. Einkommen und Vermögen des Kindes	566
1. Anrechenbare Einkünfte des Kindes	566
2. Anrechnung einer Ausbildungsvergütung	569
3. Anrechnung von Einkommen auf Barunterhalt und auf Betreuungsunterhalt	570
4. Freiwillige Zuwendungen eines Dritten oder eines Elternteils	571
5. Berücksichtigung des Kindesvermögens	574
C. Barbedarf des Kindes	576
I. Bedarfsbemessung nach der von den Eltern abgeleiteten Lebensstellung des Kindes	576
1. Lebensstellung des Kindes und Unterhaltsbedarf	576
2. Einkommen als Kriterium der Lebensstellung der Eltern	577
3. Einkommensverhältnisse der Eltern im Unterhaltszeitraum	583

4. Bedarfsbemessung bei alleiniger Barunterhaltpflicht eines Elternteils	583
5. Bedarfsbemessung bei Barunterhaltpflicht beider Eltern	584
II. Regelbedarf, regelmäßiger Mehrbedarf und Sonderbedarf	585
1. Pauschalierung des Kindesunterhalts nach Tabellen	585
2. Mindestbedarf und Existenzminimum	586
3. Bedarfsbemessung bei besonders günstigen Einkommens- und Vermögensverhältnissen der Eltern	590
4. Regelmäßiger Mehrbedarf	592
5. Sonderbedarf	594
D. Leistungsfähigkeit des Unterhaltpflichtigen	594
I. Leistungsfähigkeit und Eigenbedarf des Unterhaltsschuldners	594
II. Anrechenbare Einkünfte des Schuldners	595
1. Tatsächliche Einkünfte	595
2. Fiktive Einkünfte	596
3. Unterhaltsleistungen als anrechenbare Einkünfte	598
III. Berücksichtigung sonstiger Verpflichtungen des Schuldners	602
1. Schulden und Verbraucherinsolvenz	602
2. Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit durch Unterhaltsansprüche anderer Berechtigter; Mangelfälle	605
3. Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit durch Betreuung eines anderen unterhaltsberechtigten Kleinkindes	608
4. Minderung der Leistungsfähigkeit durch Umgangskosten	609
IV. Leistungsfähigkeit eines Elternteils bei Übernahme der Haushaltsführung nach Wiederverheiratung oder Begründung einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft („Hausmannrechtsprechung“)	611
1. Erwerbsobligieheit des wiederverheirateten, haushaltshandhabenden Ehegatten gegenüber gleichrangigen Berechtigten, insbesondere gegenüber minderjährigen Kindern aus erster Ehe	611
2. Umfang der Erwerbsobligieheit des haushaltshandhabenden Ehegatten; Verpflichtungen des neuen Partners	615
3. Bemessung der dem Verpflichteten anzurechnenden (fiktiven) Nebeneinkünfte	616
4. Unterhaltpflicht des haushaltshandhabenden Elternteils gegenüber einem volljährigen Kind	618
5. Hausmannrechtsprechung bei Übernahme der Haushaltsführung in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft	620
E. Der Unterhaltsanspruch minderjähriger Kinder	622
I. Besonderheiten beim Unterhalt minderjähriger Kinder	622
II. Grundsätze der Bemessung des Bedarfs minderjähriger Kinder	623
1. Der Unterhalt des nichtehelichen Kindes bis zum 30.6.1998 ..	623
2. Die Bedarfsbemessung bei ehelichen und nichtehelichen Kindern seit dem 1.7.1998	624
III. Die Düsseldorfer Tabelle und die ehemaligen Vortabellen für das Beitragsgebiet	627
1. Vorbemerkung	627
2. Die Düsseldorfer Tabelle, Stand: 1.1.2025/1.1.2024/1.1.2023/ 1.1.2022/1.1.2021	629
3. Allgemeines zur Anwendung der Düsseldorfer Tabelle	633
4. Zu- oder Abschläge bei den Bedarfssätzen	640
5. Der Bedarfskontrollbetrag	642

Inhaltsverzeichnis

IV. Dynamischer Unterhalt nach dem Mindestunterhalt	644
V. Leistungsfähigkeit der Eltern beim Unterhalt minderjähriger Kinder	647
1. Gesteigerte Unterhaltsverpflichtung der Eltern nach § 1603 II 1 BGB	647
2. Notwendiger Selbstbehalt bei gesteigerter Unterhaltspflicht	652
3. Die Bemessung des notwendigen Selbstbehalts nach den Tabellen und Leitlinien der Oberlandesgerichte	654
4. Keine gesteigerte Unterhaltsverpflichtung bei Vorhandensein eines anderen leistungsfähigen Verwandten	658
VI. Alleinige Barunterhaltspflicht eines Elternteils oder Beteiligung beider Eltern am Barunterhalt	665
1. Alleinige Barunterhaltspflicht eines Elternteils	665
2. Barunterhaltspflicht des betreuenden Elternteils	666
3. Anteilige Barunterhaltspflicht beider Eltern nach § 1606 III 1 BGB	667
4. Unterhalt bei Geschwistertrennung	674
5. Kindesunterhalt bei gemeinsamer elterlicher Sorge und Wechselmodell	676
VII. Mehrbedarf minderjähriger Kinder	681
1. Berechtigung des Mehrbedarfs	681
2. Berechnung des geschuldeten Unterhalts bei berechtigtem Mehrbedarf	683
3. Mehrbedarf des behinderten minderjährigen Kindes	685
F. Der Unterhaltsanspruch volljähriger Kinder	687
I. Besonderheiten beim Unterhalt volljähriger Kinder	687
II. Bedürftigkeit des volljährigen Kindes	689
1. Auswirkungen der Volljährigkeit auf die Bedürftigkeit	689
2. Unterhalt bei Wehr- oder Ersatzdienst, freiwilligem sozialem Jahr	690
3. Anrechnung von Einkommen, Vermögen und Kindergeld	692
III. Bedarf des volljährigen Kindes	694
1. Lebensbedarf und Bedarfsbemessung	694
2. Bedarf von Studenten und Kindern mit eigenem Haushalt	696
3. Bedarf von Schülern, Studenten und Auszubildenden, die im Haushalt eines Elternteils leben	697
4. Regelmäßiger Mehrbedarf des volljährigen Schülers, Studenten oder Auszubildenden	700
5. Bemessung des Bedarfs des Volljährigen, der sich nicht in einer Ausbildung befindet	700
IV. Leistungsfähigkeit der Eltern beim Unterhalt volljähriger Kinder ..	702
1. Grundsätzlich keine gesteigerte Unterhaltspflicht gegenüber volljährigen Kindern	702
2. Angemessener Eigenbedarf des Verpflichteten nach § 1603 I BGB und eheangemessener Bedarf nach §§ 1361, 1578 I 1, 1581 BGB	703
3. Bemessung des angemessenen Eigenbedarfs des verpflichteten Elternteils nach den Tabellen und Leitlinien der Oberlandesgerichte	703
4. Berücksichtigung anderweitiger Verpflichtungen, insbesondere vorrangiger Unterhaltsansprüche	705
V. Ermittlung des Haftungsanteils der Eltern nach § 1606 III 1 BGB ..	706
1. Anteilige Haftung der Eltern	706

2. Vergleichbares Einkommen der Eltern	707
3. Einzelheiten der Unterhaltsberechnung und wertende Veränderung des Verteilungsschlüssels	709
4. Darlegungs- und Beweislast für die Haftungsanteile der Eltern ..	710
VI. Gleichstellung 18–20-jähriger Schüler mit Minderjährigen	711
1. Problematik der Privilegierung volljähriger Kinder während einer Übergangszeit nach Eintritt der Volljährigkeit	711
2. Voraussetzungen der Privilegierung volljähriger Schüler nach §§ 1603 II 2, 1609 Nr. 1 BGB	712
3. Unterhaltsbemessung bei privilegiert volljährigen Kindern	717
VII. Verwirkung des Unterhaltsanspruchs des volljährigen Kindes	722
G. Kindergeld und Kindesunterhalt	724
I. Der öffentlich-rechtliche Anspruch auf Kindergeld	724
1. Rechtsgrundlagen	724
2. Anspruchsvoraussetzungen für Kindergeld nach §§ 62 ff. EStG	725
3. Kindergeld und Freibeträge nach § 32 VI EStG	728
4. Abzweigung des Kindergeldes	730
5. Ähnliche Sozialleistungen	731
II. Das Kindergeld nach dem bis zum 31.12.2007 geltenden Unterhaltsrecht	732
III. Die Behandlung des Kindergeldes nach dem Unterhaltsänderungsgesetz	733
1. Übersicht über den seit dem 1.1.2008 geltenden Kindergeldausgleich	733
2. Hälftige Berücksichtigung des Kindergeldes	734
3. Berücksichtigung des Kindergeldes in voller Höhe	734
4. Auswirkungen der bedarfsdeckenden Berücksichtigung des Kindergeldes	737
5. Sonderfragen	738
IV. Verfahrensfragen	740
H. Sonderprobleme des Kindesunterhalts	741
I. Auskunftspflichten	741
II. Rangfolge der Unterhaltsberechtigten und Unterhaltsverpflichteten	741
III. Vereinbarungen zum Kindesunterhalt	742
1. Allgemeines	742
2. Kein Verzicht auf zukünftigen Kindesunterhalt	742
3. Freistellungsvereinbarungen der Eltern bezüglich des Kindesunterhalts	743
IV. Familienrechtlicher Ausgleichsanspruch	745
1. Ausgleich zwischen den Eltern	745
2. Erfüllung einer dem anderen Elternteil obliegenden Unterhaltpflicht	747
3. Ausgleich von Kindergeld und anderen staatlichen kinderbezogenen Leistungen	749
4. Einschränkungen des familienrechtlichen Ausgleichsanspruchs ..	751
5. Verzinsung des Ausgleichsanspruchs	752
V. Ersatzhaftung; gesetzlicher Forderungsübergang nach § 1607 BGB	752
1. Reihenfolge der Haftung beim Kindesunterhalt	752
2. Primäre Haftung nachrangig Verpflichteter	752
3. Subsidiäre Haftung nachrangig Verpflichteter	754
4. Unterhaltsleistung durch einen Dritten	756
5. Rechtsfolgen des Anspruchsübergangs	757

Inhaltsverzeichnis

I.	Grundlagen des Eltern- und sonstigen Verwandtenunterhalts	758
I.	Grundfragen zum geltenden Recht	758
II.	Gerichtliche Zuständigkeit	759
III.	Anspruchsübergang auf Sozialhilfeträger	759
J.	Rangfolge der Verpflichteten und Bedürftigen	761
I.	Vorrangige Haftung des Ehegatten bzw. des Lebenspartners und des nichtehelichen Vaters	761
II.	Rangfolge der unterhaltpflichtigen Verwandten	763
III.	Ersatzhaftung	763
1.	Bedarf des Unterhaltsberechtigten	763
2.	Leistungsunfähigkeit des zunächst Unterhaltpflichtigen (§ 1607 I BGB)	764
3.	Erschwerte Durchsetzbarkeit des Anspruchs (§ 1607 II BGB) ..	765
IV.	Rangfolge der Bedürftigen	767
V.	Darlegungs- und Beweislast bei Rangfragen	767
K.	Das Unterhaltsverhältnis im Einzelnen	768
I.	Das Maß des Unterhalts	768
1.	Grundbedarf	768
2.	Vorsorgebedarf	769
II.	Bedürftigkeit des Berechtigten	769
1.	Grundsatz	769
2.	Vermögensreserve	770
3.	Erwerbsobliegenheit	771
4.	Aufwendungen zur Sicherung der Lebensstellung	771
III.	Eigenbedarf des Pflichtigen	772
1.	Grundsatz der Bemessung des Eigenbedarfs	772
2.	Pauschalierte Bemessung des Eigenbedarfs – Selbstbehaltssätze ..	772
3.	Pauschalierte Bemessung im Eltern- und Enkelunterhalt – Selbstbehaltssätze	773
IV.	Leistungsfähigkeit	777
1.	Aufwendungen zur Absicherung der Lebensstellung	778
2.	Abzug von Verbindlichkeiten	780
3.	Zurechnung fiktiver Einkünfte wegen Verletzung der Erwerbsobliegenheit	781
4.	Verpflichtung zum Einsatz des Vermögens durch Verwertung ..	781
V.	Beschränkung oder Wegfall der Unterhaltsverpflichtung wegen Verwirkung	784
1.	Verwirkung gemäß § 1611 BGB	784
2.	Verwirkung gemäß § 242 BGB	788
L.	Elternunterhalt im Besonderen	789
I.	Grundsätzliches	789
II.	Bedarf des Berechtigten	790
1.	Allgemeiner Bedarf – eigener Haushalt	790
2.	Bedarf bei Heimunterbringung	790
3.	Darlegungs- und Beweislast	792
III.	Bedürftigkeit des Berechtigten	792
1.	Einkünfte	792
2.	Verwertbares Vermögen	793
3.	Rückforderungsanspruch des Schenkers gemäß § 528 BGB ..	794
IV.	Leistungsfähigkeit des pflichtigen Kindes	800
1.	Angemessener Eigenbedarf	800
2.	Einkünfte	801
3.	Abzugsfähige Aufwendungen	804

4. Pflicht zur Vermögensverwertung	805
5. Zusätzliche Schutz- und Schongrenzen zu Lasten des Sozialhilfeträgers	809
V. Besonderheiten beim Unterhaltsanspruch gegen ein in nichtehelicher Lebensgemeinschaft lebendes Kind	810
VI. Besonderheiten beim Unterhaltsanspruch gegen ein verheiratetes Kind	810
1. Haushalt führendes Kind – Taschengeldanspruch – Nebenerwerbstätigkeit	810
2. Eheangemessener Selbstbehalt – Familienselbstbehalt	813
3. Bedarf der minderjährigen und privilegiert volljährigen Kinder	813
4. Vermögensbildung des erwerbstätigen Ehegatten	814
5. Rechenmethode des BGH	815
6. Latente Unterhaltslast	818
7. Darlegungs- und Beweislast	818
M. Enkelunterhalt im Besonderen	819
I. Überblick	819
1. Allgemeines	819
2. Anspruch auf Auskunft	819
3. Beschränkung des Anspruchs auf rückständigen Unterhalt	820
4. Gerichtliche Zuständigkeit	820
II. Bedarf und Bedürftigkeit	821
1. Bedarf des Enkelkindes	821
2. Bedürftigkeit des Enkelkindes	821
III. Voraussetzung der Ersatzhaftung von Großeltern	822
1. Haftung nach § 1607 I BGB	822
2. Ersatzhaftung nach § 1607 II BGB	823
3. Darlegungs- und Beweislast	824
IV. Leistungsfähigkeit und Eigenbedarf der Großeltern	824
1. Eigenbedarf	824
2. Leistungsfähigkeit	825
3. Aufwendungen zur Altersvorsorge	826
4. Verbindlichkeiten	826
§ 3 Familienunterhalt	829
A. Grundsätzliches	829
I. Abgrenzung Familienunterhalt, Trennungsunterhalt, nachehelicher Unterhalt	829
II. Art der Unterhaltsgewährung	829
B. Voraussetzungen des Familienunterhalts	831
I. Eheliche Lebensgemeinschaft, Bedürftigkeit und Leistungsfähigkeit	831
II. Unterhaltsverpflichtung der Ehegatten und Aufgabenverteilung in der Ehe	833
1. Verpflichtung beider Ehegatten	833
2. Aufgabenverteilung in der Ehe	833
III. Erwerbsobligieheit der Ehegatten	835
C. Bemessung des Familienunterhalts, Unterhaltsbeiträge der Ehegatten, Wirtschaftsgeld und Taschengeld	836
I. Lebensbedarf der Familie	836
1. Angemessener Aufwand	836
2. Schulden	838
3. Unterhaltsansprüche sonstiger Verwandter	839

Inhaltsverzeichnis

II.	Bemessung des Familienunterhalts und Leistungsfähigkeit	839
1.	Finanzieller Bedarf	839
2.	Leistungsfähigkeit	841
3.	Art und Weise des Familienunterhalts	841
III.	Anteilige Beiträge der Ehegatten zum Familienunterhalt	842
1.	Gleichwertigkeit der Haushaltstätigkeit	842
2.	Allein erwerbstätiger Ehegatte	842
3.	Beiderseits erwerbstätige Ehegatten	843
4.	Zuverdienst	844
5.	Nicht erwerbstätige Ehegatten	844
IV.	Wirtschaftsgeld	844
V.	Taschengeld	846
D.	Konkurrenz mit anderen Unterhaltsansprüchen	847
I.	Vergleichbarkeit des Familienunterhalts und anderer Unterhaltsansprüche	847
II.	Konkurrenz zwischen dem Unterhalt minderjähriger oder privilegiert volljähriger Kinder und dem Familienunterhalt	848
III.	Konkurrenz zwischen mehreren Ehegatten	849
1.	Änderung der Rangverhältnisse zum 1.1.2008	849
2.	Keine Dreiteilung bei der Ermittlung des Unterhaltsbedarfs	849
3.	Bedarf des ersten Ehegatten	850
4.	Leistungsfähigkeit des Unterhaltpflichtigen bei Wiederverheiratung	851
5.	Bedarf des nachfolgenden Ehegatten	851
6.	Kürzung der Unterhaltsansprüche im Rahmen der Leistungsfähigkeit	852
7.	Aktualisierung der Rangverhältnisse im Mangelfall	853
8.	Konkurrenz des geschiedenen und des beim Verpflichteten lebenden jetzigen Ehegatten	854
9.	Angemessenheitskontrolle	855
IV.	Konkurrenz zwischen Volljährigen- und Familienunterhalt	855
V.	Konkurrierende Ansprüche von Eltern	856
1.	Bedürftigkeit eines Elternteils	856
2.	Sicherstellung des Familienunterhalts durch das unterhaltpflichtige Kind	857
VI.	Konkurrierende Ansprüche bei Geburt eines nichtehelichen Kindes	861
E.	Besonderheiten des Familienunterhalts	861
I.	Keine Identität zwischen Familienunterhalt und Trennungsunterhalt	861
II.	Ausgleichsanspruch nach § 1360b BGB	862
III.	Unpfändbarkeit des Familienunterhalts	862
IV.	Sonderfragen	863
§ 4 Ehegattenunterhalt		865
A.	Grundlagen	865
I.	Entstehungsgeschichte	865
1.	Entwicklung bis zum 30.6.1977	865
2.	Rechtslage ab dem 1.7.1977	865
3.	Rechtslage ab dem 1.1.2008	866
II.	Anwendbarkeit des deutschen Unterhaltsrechts, Unterhaltsstatbestände	867
1.	Deutsches Internationales Unterhaltsrecht	867
2.	Vorrangige Unterhaltsregelungen	868

3. Unterhaltstatbestände des BGB	868
4. Keine Identität von Familienunterhalt, Trennungsunterhalt und nachehelichem Unterhalt	868
III. Allgemeines zur Struktur der Ansprüche auf Trennungsunterhalt und auf nachehelichen Unterhalt	871
1. Vorliegen eines Unterhaltstatbestands	871
2. Allgemeine Voraussetzungen beim Berechtigten	872
3. Allgemeine Voraussetzung beim Pflichtigen	874
4. Prüfung von Einwendungen und Einreden	874
B. Der Trennungsunterhalt (§ 1361 BGB)	875
I. Grundlagen	875
1. Geltungsbereich	875
2. Normzweck	875
3. Bedeutung des Güterstandes	876
II. Voraussetzungen des Trennungsunterhalts	876
III. Getrenntleben	876
1. Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft	877
2. Versöhnungsversuch	879
IV. Bedürftigkeit des Berechtigten	879
1. Erwerbsobligieheit des bedürftigen Ehegatten nach der Trennung	880
2. Kriterien für die Zumutbarkeitsabwägung	882
3. Zumutbarkeitsabwägung bei Fortsetzung, Ausweitung oder Einschränkung einer bei Trennung bereits ausgeübten Erwerbstätigkeit	887
4. Fiktive Zurechnung erzielbarer Einkünfte	889
5. Anrechenbare Einkünfte des Unterhaltsberechtigten	889
V. Maß des Trennungsunterhalts	891
1. Eheliche Lebensverhältnisse und Bedarfsbemessung beim Trennungsunterhalt	891
2. Maßgeblicher Bemessungszeitpunkt, eheliche Lebensverhältnisse	892
3. Einzelne Bedarfspositionen	895
VI. Leistungsfähigkeit des Unterhaltpflichtigen	900
VII. Unterhaltsberechnung	901
VIII. Rangfolge, Konkurrenzen	901
1. Rangfolge des Unterhaltsanspruchs	901
2. Konkurrenzen	901
IX. Beginn und Ende des Trennungsunterhalts, Unterhaltsverzicht, Unterhaltsbegrenzung	901
1. Beginn des Anspruchs	901
2. Ende des Anspruchs	902
3. Unterhaltsverzicht	903
4. Unterhaltsbegrenzung	904
X. Verwirkung des Trennungsunterhalts (§§ 1361 III, 1579 BGB)	904
1. Voraussetzungen für die Anwendung der Härteklausel des § 1579 BGB	904
2. Einzelne, beim Trennungsunterhalt häufig geltend gemachte Härtegründe	904
3. Zumutbarkeitsabwägung	908
4. Rechtsfolgen	908
5. Verfahrensrechtliches	909

Inhaltsverzeichnis

XI. Unterhalt für die Vergangenheit, Rückforderung von Unterhalt	909
1. Unterhalt für Vergangenheit	909
2. Rückforderung von Zuvielleistungen	909
3. Aufrechenbarkeit von Trennungsunterhaltsansprüchen	909
XII. Geltendmachung des Trennungsunterhalts, Auskunftsanspruch	910
1. Auskunftsanspruch	910
2. Verfahren	910
3. Darlegungs- und Beweislast	911
C. Anspruchstatbestände des nachehelichen Unterhalts	912
I. Allgemeine Grundsätze und Besonderheiten des nachehelichen Unterhalts	912
1. Allgemeine Grundsätze der Eigenverantwortlichkeit und der nachehelichen Verantwortung	912
2. Allgemeine Voraussetzungen für einen Anspruch auf nachehelichen Unterhalt	914
3. Einheitlicher Anspruch auf nachehelichen Unterhalt	915
4. Einsatzzeitpunkte und Anschlussunterhalt sowie Teilanschlussunterhalt	917
5. Beginn, Ende und Wiederaufleben des nachehelichen Unterhalts	919
6. Sonstige materiell-rechtliche Besonderheiten des nachehelichen Unterhalts	920
7. Sonstige verfahrensrechtliche Besonderheiten des nachehelichen Unterhalts	928
II. Angemessene Erwerbstätigkeit im Sinne des § 1574 BGB	929
1. Normzweck und Anwendungsbereich des § 1574 BGB	929
2. Angemessene Erwerbstätigkeit nach § 1574 II BGB, Systematik	930
3. Die einzelnen Kriterien für die Prüfung einer angemessenen Erwerbstätigkeit nach § 1574 II 1 Hs. 1 BGB (1. Stufe)	932
4. Billigkeitsprüfung nach § 1574 II 2 Hs. 2 und S. 2 BGB (2. Stufe)	935
III. Unterhalt wegen Betreuung eines gemeinschaftlichen Kindes nach § 1570 BGB	937
1. Entwicklung des Unterhaltsanspruchs	937
2. Übergangsregelung	938
3. Struktur des Unterhaltsanspruchs nach § 1570 BGB	938
4. Gemeinschaftliches Kind	940
5. Berechtigte Pflege und Erziehung	941
6. Der Betreuungsunterhaltsanspruch bis zum 3. Lebensjahr des Kindes, § 1570 I 1 BGB	942
7. Die Verlängerung des Unterhaltsanspruchs über die Dreijahresfrist hinaus, § 1570 I 2 u.3 BGB	944
8. Die Verlängerung des Betreuungsunterhalts aus ehe-/ elternbezogenen Gründen nach § 1570 II BGB	953
9. Oberlandesgerichtliche Leitlinien zur Erwerbsobligie	956
10. Rechtsprechung zum Umfang der Erwerbsobligie	965
11. Einsatzzeitpunkt	970
12. Begrenzung des Anspruchs aus § 1570 BGB	971
13. Privilegierung des Anspruchs aus § 1570 BGB	972
14. Konkurrenz	973
IV. Unterhalt wegen Alters nach § 1571 BGB	974
1. Normzweck und Anspruchsvoraussetzungen des § 1571 BGB	974
2. Das maßgebende Alter des Berechtigten	975

3. Ursächlichkeit des Alters	977
4. Einsatzzeitpunkte	979
5. Konkurrenzen	981
6. Beschränkung des Anspruchs nach § 1579 BGB	982
7. Begrenzung des Anspruchs nach § 1578b BGB	982
8. Darlegungs- und Beweislast	984
V. Unterhalt wegen Krankheit nach § 1572 BGB	984
1. Normzweck und Anspruchsvoraussetzungen nach § 1572 BGB	984
2. Krankheit, Gebrechen oder geistige Schwäche	985
3. Krankheitsbedingte Erwerbsunfähigkeit	988
4. Einsatzzeitpunkte	989
5. Konkurrenzen	992
6. Beschränkung des Anspruchs nach § 1579 BGB	992
7. Begrenzung des Anspruchs nach § 1578b BGB	993
8. Darlegungs- und Beweislast, Verfahrensrechtliches	994
VI. Unterhalt wegen Erwerbslosigkeit nach § 1573 I, III, IV BGB	996
1. Normzweck und Anspruchsvoraussetzungen nach § 1573 I, III, IV BGB	996
2. Subsidiarität und Konkurrenzen	996
3. Der Unterhaltsberechtigte findet keine angemessene Erwerbstätigkeit	997
4. Notwendige Bemühungen um eine angemessene Erwerbstätigkeit	998
5. Ausbildungsobliegenheit	1000
6. Folgen einer Verletzung der Obliegenheit aus §§ 1573 I, 1574 III BGB	1001
7. Maßgebliche Einsatzzeitpunkte	1001
8. Umfang des Anspruchs	1003
9. Dauer des Anspruchs, Erlöschen durch nachhaltige Unterhalts sicherung, Wiederaufleben	1003
10. Begrenzung des Anspruchs nach § 1579 BGB	1006
11. Zeitliche Begrenzung des Unterhalts nach § 1578b BGB	1006
12. Darlegungs- und Beweislast, Verfahrensrechtliches	1006
VII. Aufstockungsunterhalt nach § 1573 II BGB	1007
1. Normzweck und Anspruchsvoraussetzungen	1007
2. Subsidiarität und Konkurrenzen	1009
3. Einkommensgefälle, Ausübung einer angemessenen Erwerbstätigkeit	1010
4. Maßgebliche Einsatzzeitpunkte	1010
5. Umfang des Anspruchs	1012
6. Dauer des Anspruchs, Erlöschen, Wiederaufleben	1013
7. Begrenzung des Anspruchs nach § 1579 BGB	1013
8. Herabsetzung und zeitliche Begrenzung des Aufstockungsunterhalts nach § 1578b BGB	1013
9. Darlegungs- und Beweislast	1013
VIII. Ausbildungsunterhalt nach § 1574 III iVm § 1573 I BGB	1014
1. Normzweck und Anspruchsvoraussetzungen	1014
2. Erforderlichkeit der Ausbildung	1014
3. Erwartung eines erfolgreichen Abschlusses	1015
4. Chancen auf dem Arbeitsmarkt	1015
5. Beginn, Dauer und Umfang der Ausbildungsobliegenheit, Einsatzzeitpunkte	1016
6. Verletzung der Obliegenheit	1016

Inhaltsverzeichnis

7. Konkurrenzen	1017
8. Darlegungs- und Beweislast	1017
IX. Ausbildungunterhalt nach § 1575 BGB	1018
1. Normzweck	1018
2. Subsidiarität, Konkurrenzen	1019
3. Anwendungsvoraussetzungen des § 1575 I BGB	1019
4. Anwendungsvoraussetzungen des § 1575 II BGB	1023
5. Umfang des Unterhalts	1024
6. Dauer des Unterhalts nach § 1575 I, II BGB	1025
7. Obliegenheiten des geschiedenen Ehegatten	1026
8. Erwerbslosenunterhalt als Anschlussunterhalt nach § 1575 III BGB iVm § 1573 BGB	1026
9. Begrenzung des Unterhaltsanspruchs	1027
10. Darlegungs- und Beweislast, Verfahrensrechtliches	1027
X. Unterhalt aus Billigkeitsgründen nach § 1576 BGB	1028
1. Normzweck und Anspruchsvoraussetzungen	1028
2. Ehebedingtheit	1029
3. Einsatzzeitpunkt	1029
4. Berücksichtigung des Verschuldens am Scheitern der Ehe	1029
5. Vorliegen eines sonstigen schwerwiegenden Grundes	1030
6. Billigkeitsabwägung	1032
7. Dauer und Höhe des Unterhaltsanspruchs	1033
8. Rangfolge und Konkurrenzen	1033
9. Beweislast	1034
D. Unterhaltsbedarf und Bedarfsbemessung beim Ehegattenunterhalt	1034
I. Unterhaltsbedarf nach den ehelichen Lebensverhältnissen	1034
1. Der Unterhaltsbedarf als gesamter Lebensbedarf	1034
2. Bedarfsbemessung nach den ehelichen Lebensverhältnissen und fehlende Lebensstandardgarantie	1036
3. Gestaltung der ehelichen Lebensverhältnisse durch Einkommen und sonstige Umstände	1040
4. Haushaltsführung und Kinderbetreuung in der Ehe	1044
5. Wandelbare Verhältnisse und Stichtagsprinzip	1047
6. Bedarfsbemessung nach dem zur Deckung des Lebensbedarfs verfügbaren Einkommen	1055
7. Vorabzug von Steuern, Vorsorgeaufwendungen, berufsbedingten Aufwendungen, Werbungskosten, Kinderbetreuungskosten und Schulden	1057
8. Vorabzug von Unterhaltslasten	1060
9. Aufwendungen zur Vermögensbildung	1069
10. Konsumverhalten und objektiver Maßstab für die Bedarfsbemessung	1072
11. Maßgeblicher Zeitpunkt für die Beurteilung des prägenden Charakters ehelicher Lebensverhältnisse	1073
12. Verbot der Doppelverwertung	1077
II. Überblick zu den in der Ehe angelegten und nicht angelegten Einkünften, berücksichtigungswürdigen Ausgaben sowie Änderungen der Einkommensverhältnisse nach Trennung und Scheidung	1081
1. Überblick zu den prägenden und nichtprägenden Einkünften	1081
2. Normale Einkommensänderungen und vom Normalverlauf erheblich abweichende Einkommensänderungen	1085

3. Einkommensänderungen nach der Trennung durch freiwillige Disposition (zB Arbeitsplatzwechsel, Berufswechsel oder berufliche Verselbständigung)	1092
4. Einkommensänderungen bei Arbeitsplatzverlust und Arbeitslosigkeit	1094
5. Aufnahme oder Ausweitung einer zumutbaren Erwerbstätigkeit durch den Berechtigten nach der Trennung	1096
6. Einkünfte aus unzumutbarer Erwerbstätigkeit	1097
7. Einkommensänderungen infolge erstmaligem Rentenbezug nach Trennung und Scheidung	1098
8. Nutzung des Vorsorgevermögens aus Vorsorgeaufwendungen im Rentenfall	1100
9. In der Ehe angelegte und nicht in der Ehe angelegte Einkünfte aus Vermögen	1101
10. Fiktive Einkünfte beim Berechtigten und Verpflichteten nach der Trennung	1104
11. Gehaltsbestandteile und Familienzuschläge bei Wiederverheiratung	1106
12. Ersparnis durch das Zusammenleben und Haushaltsführung für einen neuen Partner	1107
13. Bedarfsrelevante Änderungen im Ausgabenbereich	1109
14. Neu hinzutretende Unterhaltpflichten	1110
15. Zusammentreffen von Erhöhung und Minderung des Einkommens	1111
16. Berücksichtigung des Preisindexes der Lebenshaltungskosten ..	1112
III. Halbteilungsgrundsatz, Mindestbedarf und konkrete Bedarfsbemessung	1112
1. Halbteilungsgrundsatz	1112
2. Mindestbedarf	1114
3. Keine Sättigungsgrenze bei der Bedarfsbemessung nach Quote	1116
4. Konkrete Bedarfsbemessung	1117
5. Bedarfsbemessung nach Ehegattenquoten	1121
6. Überblick zu den Quoten bei Einkünften aus Erwerbstätigkeit und sonstigen Einkünften und zur Höhe des Erwerbstätigenbonus	1126
7. Unterhaltsberechnung im Grenzbereich zwischen konkretem Bedarf und Quote	1128
IV. Berechnungsmethoden	1132
1. Unterhaltsberechnung nach der Additionsmethode	1132
2. Bedarfsbemessung bei konkurrierendem Ehegattenunterhalt ..	1134
3. Unterhaltsberechnung nach Differenz- und Anrechnungsmethode	1137
4. Methodenwahl	1140
5. Auswirkungen des Vorabzugs von Schulden und Kindesunterhalt auf den Erwerbstätigenbonus bei Mischeinkünften	1142
6. Quotenunterhalt und die (überholte) Rechtsprechung zum vollen Unterhalt und trennungsbedingten Mehrbedarf	1146
7. Quotenunterhalt und Mindestbedarf	1147
V. Unterhaltsrechtliche Berücksichtigung eines regelmäßigen Mehrbedarfs	1148
1. Mehrbedarfsfälle und konkrete Bemessung des Mehrbedarfs ..	1148
2. Unterhaltsberechnung bei Mehrbedarf	1149

Inhaltsverzeichnis

E. Vorsorgeunterhalt	1152
I. Vorsorgeunterhalt wegen Alters, Berufs- und Erwerbsunfähigkeit ..	1152
1. Grundsätzliches, Voraussetzungen, Beginn und Dauer des Vorsorgeunterhalts beim Trennungs- und nachehelichen Unterhalt sowie Verfassungsmäßigkeit	1152
2. Geltendmachung und Tenorierung des Vorsorgeunterhalts	1154
3. Zweckbestimmung und nicht zweckbestimmte Verwendung des Vorsorgeunterhalts	1155
4. Berechnung des Vorsorgeunterhalts aus dem Elementarunterhalt nach der Bremer Tabelle	1156
5. Zweistufige und einstufige Berechnung des Elementarunterhalts und Vorrang des Elementarunterhalts gegenüber dem Vorsorgeunterhalt	1159
6. Vorsorgeunterhalt bei späteren Abänderungen	1162
7. Rechenbeispiel des BGH zum Vorsorgeunterhalt (nach BGH FamRZ 1983, 888)	1162
8. Bremer Tabelle zur Berechnung des Altersvorsorgeunterhalts ..	1163
II. Vorsorgeunterhalt wegen Krankheit	1165
1. Voraussetzungen des Krankheitsvorsorgeunterhalts und Krankenversicherungsschutz bei Trennung oder Scheidung	1165
2. Berechnung des Krankheitsvorsorgeunterhalts	1166
3. Vorabzug der Krankenversicherungsbeiträge und des Krankheitsvorsorgeunterhalts vom Einkommen sowie mehrstufige Berechnung des Elementarunterhalts	1167
4. Geltendmachung des Krankheitsvorsorgeunterhalts	1170
III. Pflegevorsorgeunterhalt	1170
F. Zur Bedürftigkeit des Berechtigten	1171
I. Unterhaltsbedürftigkeit	1171
1. Bedürftigkeit als Unterhaltsvoraussetzung	1171
2. Bedürftigkeitsmindernde Anrechnung der Einkünfte des Berechtigten	1172
3. Anrechnung auf den vollen Unterhalt unter Berücksichtigung von Mehrbedarf	1173
4. Nach § 1577 I BGB in vollem Umfang anzurechnende Einkünfte des Berechtigten	1173
5. Abänderungsantrag bei späteren Änderungen der Bedürftigkeit	1174
II. Anrechnung von Einkünften aus unzumutbarer Erwerbstätigkeit des Berechtigten nach § 1577 II BGB	1174
1. Zur Auslegung und zum Anwendungsbereich des § 1577 II BGB	1174
2. Ermittlung des anrechnungsfreien Betrags nach § 1577 II 1 BGB – Problem des anrechnungsfreien Defizits	1175
3. Billigkeitsanrechnung nach § 1577 II 2 BGB	1176
4. Rechenbeispiele zu § 1577 II BGB	1177
III. Vermögensverwertung nach § 1577 III BGB und nachhaltige Unterhalts sicherung durch Vermögen nach § 1577 IV BGB	1179
1. Vermögensverwertung nach § 1577 III BGB	1179
2. Nachhaltige Unterhalts sicherung durch Vermögen nach § 1577 IV BGB	1180
3. Notgroschen	1180
G. Zur Leistungsfähigkeit des Verpflichteten	1180
I. Leistungsunfähigkeit als Einwendung	1180
II. Eigener eheangemessener Bedarf	1181

III.	Bedarfsquote und Billigkeitsquote, konkreter Bedarf	1182
IV.	Schuldhafte herbeigeführte Leistungsunfähigkeit, Folgen des Mangelfalls	1183
V.	Obliegenheit des Unterhaltpflichtigen zur Verwertung des Vermögens	1183
H.	Herabsetzung und zeitliche Begrenzung des Unterhalts nach § 1578b BGB	1183
I.	Allgemeines	1183
1.	Neues und bisheriges Recht	1183
2.	Struktur des § 1578b BGB	1184
3.	Gemeinsame Voraussetzungen von § 1578b I und II BGB	1185
II.	Herabsetzung des eheangemessenen Unterhalts auf den angemessenen Lebensbedarf nach § 1578b I BGB	1186
1.	Anwendungsbereich des § 1578b I BGB	1186
2.	Rechtsfolgen nach § 1578b I BGB	1187
III.	Zeitliche Begrenzung des Unterhalts nach § 1578b II BGB	1193
1.	Anwendungsbereich des § 1578b II BGB	1193
2.	Rechtsfolgen nach § 1578b II BGB	1194
IV.	Kriterien zu der nach § 1578b I oder II BGB erforderlichen Billigkeitsabwägung	1195
1.	Billigkeitsabwägung zur Herabsetzung und zeitlichen Begrenzung des Unterhalts	1195
2.	Die Kinderschutzklausel	1197
3.	Dauer der Pflege oder Erziehung eines gemeinschaftlichen Kindes	1198
4.	Gestaltung der Haushaltsführung und Erwerbstätigkeit während der Ehe	1199
5.	Dauer der Ehe	1208
6.	Sonstige Umstände – nacheheliche Solidarität	1211
V.	Verfahrensrechtliche Fragen bei Anwendung des § 1578b I u. II BGB	1218
1.	Geltendmachung im Erstverfahren	1218
2.	Geltendmachung in einem späteren Abänderungsverfahren	1219
3.	Darlegungs- und Beweislast	1223
I.	Die Härteklausel des § 1579 BGB	1226
I.	Normzweck, gesetzliche Regelung und Anwendungsbereich des § 1579 BGB	1226
1.	Normzweck und entstehungsgeschichtliche Entwicklung	1226
2.	Voraussetzungen für die Anwendung der Härteklausel	1227
3.	Rechtsfolgen der Härteklausel	1228
4.	Anwendungsbereich des § 1579 BGB	1228
5.	Darlegungs- und Beweislast	1229
II.	Grobe Unbilligkeit und Zumutbarkeitsabwägung nach § 1579 BGB	1230
1.	Grobe Unbilligkeit als eigene Anspruchsvoraussetzung bei jedem Härtegrund	1230
2.	Umstände, die bei der Interessenabwägung zur Beurteilung einer groben Unbilligkeit zu berücksichtigen sind	1231
3.	Vorrangige Berücksichtigung des Kindeswohls bei Betreuung eines gemeinschaftlichen Kindes durch den Berechtigten	1234
4.	Sonderfragen	1237
III.	Ehe von kurzer Dauer (§ 1579 Nr. 1 BGB)	1238
1.	Härtegrund der kurzen Ehedauer (Nr. 1)	1238

Inhaltsverzeichnis

2. Kurze Ehedauer bis zu zwei Jahren	1240
3. Nicht mehr kurze Ehedauer ab ca. 3 Jahren	1241
4. Ehedauer zwischen zwei und drei Jahren und sonstige Sonderfälle	1241
5. OLG-Entscheidungen mit Billigkeitsabwägungen	1242
IV. Härtegrund der verfestigten Lebensgemeinschaft (§ 1579 Nr. 2 BGB)	1243
1. Neufassung des Tatbestands	1243
2. Verfestigte Lebensgemeinschaft	1244
3. Auf Distanz angelegtes Verhältnis	1247
4. Grobe Unbilligkeit	1248
V. Härtegrund eines Verbrechens oder schweren vorsätzlichen Vergehens gegen den Verpflichteten oder einen nahen Angehörigen (§ 1579 Nr. 3 BGB)	1248
1. Härtegrund der Nr. 3	1248
2. Beleidigungen, Verleumdungen und falsche Anschuldigungen	1250
3. Betrug und versuchter Prozessbetrug	1251
VI. Mutwillige Herbeiführung der Bedürftigkeit (§ 1579 Nr. 4 BGB)	1252
1. Der Härtegrund der Nr. 4	1252
2. Mutwillige Bedürftigkeit infolge Alkohol- oder Drogenabhängigkeit	1254
3. Mutwillige Bedürftigkeit wegen Aufgabe einer Erwerbstätigkeit oder wegen unterlassener Maßnahmen zur Herstellung der Erwerbsfähigkeit	1255
4. Mutwillige Bedürftigkeit wegen Verschwendug oder unwirtschaftlicher Vermögensanlage	1256
5. Mutwillige Bedürftigkeit wegen bestimmungswidriger Verwendung des Vorsorgeunterhalts	1257
6. Sonstige Fälle, in denen der BGH eine Mutwilligkeit verneint hat	1258
VII. Mutwillige Verletzung von Vermögensinteressen des Verpflichteten (§ 1579 Nr. 5 BGB)	1259
1. Zum Härtegrund der Nr. 5	1259
2. Fälle zu Nr. 5	1259
3. Wahrnehmung berechtigter Interessen	1260
VIII. Gröbliche Verletzung der Pflicht, zum Familienunterhalt beizutragen (§ 1579 Nr. 6 BGB)	1261
1. Zum Härtegrund der Nr. 6	1261
2. Fälle einer Pflichtverletzung zu Nr. 6	1262
IX. Offensichtlich schwerwiegendes, eindeutig beim Berechtigten liegendes Fehlverhalten (§ 1579 Nr. 7 BGB)	1262
1. Zum Härtegrund der Nr. 7	1262
2. Verstöße gegen die eheliche Treuepflicht als offensichtlich schwerwiegendes Fehlverhalten	1263
3. Sonstige Fälle eines schwerwiegenden Fehlverhaltens	1266
4. Fälle, in denen der BGH ein schwerwiegendes Fehlverhalten verneint hat	1267
5. Eindeutig beim Berechtigten liegendes Fehlverhalten	1268
6. Darlegungs- und Beweislast	1270
X. Anderer schwerwiegender Grund nach § 1579 Nr. 8 BGB	1271
1. Zum Härtegrund der Nr. 8	1271
2. Härtegrund der Nr. 8, wenn nach der Scheidung ein ehewidriges Verhältnis gemäß Nr. 7 fortgeführt wird	1272

3. Der Härtegrund der Nr. 8 in sonstigen Fällen	1273
4. Kein Härtegrund nach Nr. 8	1274
XI. Wiederaufleben eines nach § 1579 BGB ausgeschlossenen Anspruchs und endgültiger Ausschluss nach § 1579 BGB	1275
1. Grundsatz	1275
2. Wiederaufleben eines nach Nr. 2 ausgeschlossenen Anspruchs ..	1276
3. Wiederaufleben eines Anspruchs aus Gründen des vorrangigen Kindeswohls	1277
§ 5 Rangverhältnisse und Mangelfälle	1279
A. Selbstbehalt und Mangelfall	1279
I. Relativität von Eigenbedarf, Selbstbehalt und Mangelfall	1279
II. Verschiedene Selbstbehalte nach den Leitlinien	1279
III. Voraussetzungen eines Mangelfalls nach §§ 1581, 1603 BGB ..	1289
IV. Abänderungsantrag bei späteren Änderungen der Leistungsfähigkeit	1292
B. Einkommens- und Bedarfskorrekturen im Mangelfall	1294
I. Überblick zum Mangelfall nach § 1581 BGB	1294
II. Kindergeld und Zählkindvorteil im Mangelfall	1297
III. Zurechnung fiktiver Einkünfte wegen gesteigerter Erwerbsobligieheit und erhöhte Zurechnung von Einkünften aus unzumutbarer Erwerbstätigkeit	1298
IV. Zurechnung von freiwilligen unentgeltlichen Zuwendungen Dritter	1299
V. Verschärfte Anforderungen an Abzugsposten vom Bruttoeinkommen bei Berechnung des Nettoeinkommens	1300
VI. Erhöhung der Deckungsmasse durch eine zumutbare Vermögensverwertung	1301
VII. Berücksichtigung von Verbindlichkeiten des Verpflichteten	1303
VIII. Obliegenheit, sich auf die Pfändungsfreigrenzen zu berufen und evtl. Insolvenzantrag zu stellen	1306
IX. Individuelle oder schematische Kürzung eines verbleibenden Fehlbedarfs nach § 1581 BGB	1309
C. Mehrheit von Berechtigten: relativer Mangelfall	1310
D. Mehrheit von Berechtigten: gemischter Mangelfall mit zwei Ehegatten	1311
I. Allgemeines	1311
II. Vorteile des Zusammenlebens	1312
III. Rechenweg bei mehreren Ehegatten	1313
IV. Beispiele zu absoluten und relativen Mangelfällen mit mehreren Ehegatten	1315
V. Unterhalt bei Nachrang der späteren Ehe	1318
VI. Das anrechnungsfreie Defizit	1318
E. Mehrheit von Berechtigten: Rangfragen	1319
I. Maßgeblichkeit von Rangverhältnissen im Mangelfall	1319
II. Die gesetzliche Rangfolge bei mehreren Berechtigten	1319
III. Zum Rangverhältnis unter mehreren berechtigten Kindern	1321
IV. Rangverhältnisse nach §§ 1582, 1609 Nr. 2 und 3 BGB zwischen mehreren unterhaltsberechtigten Ehegatten	1321
V. Rangverhältnis zwischen Ehegatten und Kindern	1327
VI. Der vorrangige Bedarf im Mangelfall	1328
VII. Kürzung und Wegfall des Unterhalts nachrangig Berechtigter in Mangelfällen	1330
VIII. Rechenbeispiele zum Ausscheiden bzw. zur Berechnung des Unterhalts nachrangig Berechtigter	1332

Inhaltsverzeichnis

IX. Verteilung bei Gleichrang (mit Beispielen)	1333
X. Gleicher Rang und verschiedener Selbstbehalt: Bedürftig gewordene Volljährige neben gleichrangigen	1334
XI. Altfälle	1335
F. Rangverhältnis zwischen mehreren Verpflichteten	1335
I. Rangordnung unter unterhaltpflichtigen Verwandten	1336
II. Ersatzhaftung im Mangelfall	1336
III. Mehrere unterhaltpflichtige Ehegatten	1337
IV. Ehegatte neben nichtehelichem Elternteil	1337
V. Nichteheliche Elternteile untereinander	1337
VI. Ehegatten oder nichteheliche Elternteile neben Verwandten	1337
VII. Haftungskonkurrenz bei Unterhalt minderjähriger Kinder	1340
VIII. Mangelfall bei Barunterhaltpflicht beider Elternteile	1340
§ 6 Sonderfragen	1347
A. Selbstdändige Bestandteile des Unterhaltsanspruchs	1347
I. Sonderbedarf	1347
1. Anspruchsvoraussetzungen	1347
2. Beteiligung des Unterhaltsgläubigers an der Finanzierung des Sonderbedarfs	1350
3. Einzelfälle	1351
II. Prozess- und Verfahrenskostenvorschuss	1353
1. Terminologie	1353
2. Anspruchsberechtigte	1354
3. Anspruchsvoraussetzungen	1355
4. Inhalt des Anspruchs	1360
5. Prozessuale, Rückforderung des Kostenvorschusses	1361
B. Unterhalt für die Vergangenheit	1362
I. Anspruchsvoraussetzungen	1362
1. Gesetzliche Grundlagen	1362
2. Rechtshängigkeit	1363
3. Auskunft	1364
4. Sonderbedarf	1365
5. Rückwirkender Unterhalt nach § 1613 II Nr. 2 BGB	1366
6. Übergeleitete und übergegangene Unterhaltsansprüche	1366
7. Sonstige Ansprüche	1367
8. Absichtlicher Leistungsentzug beim nachehelichen Unterhalt	1368
II. Verzug	1369
1. Verzug nach § 286 I BGB	1369
2. Verzug nach § 286 II Nr. 1 BGB	1372
3. Verzug nach § 286 II Nr. 3 BGB	1373
4. Verzug nach § 286 II Nr. 4 BGB	1373
5. Verschulden des Pflichtigen	1374
6. Verzugszinsen	1374
7. Beseitigung der Verzugsfolgen und Verwirkung	1375
III. Verjährung	1378
C. Rückforderung von zu Unrecht gezahltem Unterhalt	1379
I. Grundsätze	1379
1. Ausgangslage	1379
2. Anspruchsgrundlagen	1380
II. Rückforderungsansprüche aus ungerechtfertigter Bereicherung	1381
1. Anspruchsgrundlage	1381
2. Entreicherung	1383
3. Verschärfe Haftung	1384

4. Möglichkeiten des Pflichtigen gegen den Entreicherungseinwand	1386
5. Mehrleistung mit Erstattungsabsicht	1387
III. Ansprüche aus dem Vollstreckungsrecht	1387
1. Ansprüche bei vorläufig vollstreckbaren Urteilen	1387
2. Ansprüche bei Notunterhalt	1388
3. Ansprüche bei Vaterschaftsfeststellung	1388
4. Keine Ansprüche bei einstweiligen Anordnungen	1388
IV. Ansprüche aus unerlaubter Handlung	1389
1. Anspruch bei Betrug	1389
2. Vorsätzliche sittenwidrige Ausnützung eines umrichtig gewordenen Vollstreckungstitels	1390
V. Sonderfälle	1391
1. Rückforderung bei Rentennachzahlung	1391
2. Rückforderungen eines Verfahrenskostenvorschusses	1392
D. Aufrechnung mit Gegenforderungen	1392
I. Aufrechnungsverbot für unpfändbare Forderungen	1392
II. Aufrechnungen gegen Unterhaltsforderungen	1394
III. Aufrechnung mit Arglisteinwand	1397
IV. Die Aufrechnungserklärung	1398
V. Die Aufrechnungsvereinbarung	1399
VI. Die Aufrechnung mit Rückforderungsansprüchen aus Unterhaltsüberzahlungen	1399
VII. Zusammenfassung	1400
E. Unterhalt bei Gütergemeinschaft	1401
I. Überblick	1401
II. Ehegattenunterhalt	1401
1. Trennungsunterhalt	1401
2. Familienunterhalt	1404
3. Nachehelicher Unterhalt	1404
III. Kindesunterhalt	1406
1. Kindesunterhalt in der Trennungszeit	1406
2. Kindesunterhalt ab Rechtskraft der Scheidung	1407
IV. Keine fiktiven Einkünfte	1407
V. Eilmäßignahmen	1408
F. Vereinbarungen zum Ehegattenunterhalt	1408
I. Allgemeines	1408
1. Einführung	1408
2. Gesetzlicher oder vertraglicher Unterhaltsanspruch	1409
3. Allgemeine Sittenwidrigkeit von Unterhaltsvereinbarungen	1412
4. Abänderung von Unterhaltsvereinbarungen	1416
II. Vereinbarungen zum Familienunterhalt	1423
III. Vereinbarungen zum Getrenntlebensunterhalt	1423
IV. Vereinbarungen zum Nachscheidungsunterhalt	1424
1. Formale Anforderungen	1424
2. Vorsorgende Vereinbarungen	1426
3. Vereinbarungen anlässlich oder nach der Scheidung	1427
V. Vereinbarung eines Unterhaltsverzichts	1427
1. Die besondere Problematik des Verzichts auf nachehelichen Unterhalt	1427
2. Richterliche Wirksamkeits- und Ausübungskontrolle	1428
VI. Vereinbarung einer Wertsicherungsklausel	1444
VII. Vereinbarung einer Kapitalabfindung	1447

Inhaltsverzeichnis

G. Darlegungs- und Beweislast sowie tatrichterliche Ermittlung und Schätzung nach § 287 ZPO	1453
I. Zur Darlegungs- und Beweislast	1453
1. Allgemeiner Überblick	1453
2. Zur Darlegungs- und Beweislast des Unterhaltsberechtigten ...	1455
3. Zur Darlegungs- und Beweislast des Unterhaltpflichtigen	1464
4. Zur Regel-Ausnahme-Situation	1468
5. Negativtatsachen und substantiiertes Bestreiten von Tatsachen aus dem eigenen Wahrnehmungsbereich	1472
6. Darlegungs- und Beweislast bei Abänderungsverfahren	1473
7. Darlegungs- und Beweislast bei negativen Feststellungsanträgen	1475
8. Zur Umkehr der Beweislast	1476
II. Zur tatrichterlichen Ermittlung und Schätzung nach § 287 ZPO ..	1476
1. Zur Anwendung des § 287 ZPO im Unterhaltsverfahren	1476
2. Zur Schätzung nach § 287 ZPO	1478
3. Zu den Schätzungs voraussetzungen	1478
§ 7 Unterhalt zwischen nicht verheirateten Eltern und zwischen Lebenspartnern	1481
A. Ansprüche der Mutter oder des Vaters eines nichtehelichen Kindes gegen den anderen Elternteil und damit zusammenhängende Ansprüche	1481
I. Allgemeines	1481
1. Historische Entwicklung des § 1615l BGB	1481
2. Bedeutung des § 1615l BGB	1483
II. Die einzelnen Unterhaltstatbestände des § 1615l BGB	1483
1. Überblick	1483
2. Der Mutterschutzunterhalt gemäß § 1615l I 1 BGB	1484
3. Der Unterhalt wegen Schwangerschaft oder Krankheit gemäß § 1615l II 1 BGB	1485
4. Der Unterhalt wegen Kindesbetreuung gemäß § 1615l II 2 bis 5 BGB	1486
5. Der Unterhaltsanspruch des nichtehelichen Vaters	1507
6. Der Anspruch auf Ersatz von Schwangerschafts- und Entbindungskosten nach § 1615l I 2 BGB	1508
III. Die Bemessung des Unterhalts	1510
1. Der Unterhaltsbedarf	1510
2. Die Bedürftigkeit	1519
3. Die Leistungsfähigkeit	1524
IV. Rangverhältnisse und Unterhaltskonkurrenzen	1527
1. Mehrere Unterhaltsberechtigte	1527
2. Mehrere Unterhaltpflichtige	1529
V. Einzelne Fragen des materiellen Rechts	1537
1. Abgrenzung der Ansprüche aus § 1615l BGB und § 1570 BGB	1537
2. Anspruchsberechtigte, Anspruchsgegner, Durchsetzung des Anspruchs aus § 1615l BGB	1538
3. Fälligkeit, Unterhalt für die Vergangenheit	1539
4. Auskunftsanspruch	1540
5. Erlöschen des Anspruchs durch den Tod des Unterhaltsberechtigten	1541
6. Erlöschen des Anspruchs des Berechtigten durch andere Gründe	1541
7. Der Anspruch auf Übernahme von Beerdigungskosten der Mutter	1542

8. Tod des Unterhaltpflichtigen	1543
9. Tot- oder Fehlgeburt des Kindes, Schwangerschaftsabbruch	1545
10. Verzicht, Unterhaltsvereinbarungen	1546
11. Verwirkung	1548
12. Verjährung	1549
13. Steuerliche Abzugsmöglichkeiten	1550
VI. Verfahrensrechtliches	1550
1. Zuständiges Gericht für Unterhaltsverfahren	1550
2. Verfahren	1551
3. Verfahrenskostenvorschuss	1551
4. Darlegungs- und Beweislast	1552
5. Titel und Befristung des Betreuungsunterhalts	1555
6. Abänderungsantrag	1556
7. Vorläufige Rechtsschutzmöglichkeiten	1557
8. Übergangsrecht	1559
B. Unterhaltsansprüche zwischen eingetragenen Lebenspartnern	1560
I. Allgemeines	1560
1. Die Entwicklung der eingetragenen Lebenspartnerschaft	1560
2. Die eingetragene Lebenspartnerschaft als Unterhaltsvoraussetzung	1563
3. Grundsätze zur Unterhaltpflicht nach dem LPartG	1565
II. Die einzelnen Unterhaltsansprüche	1566
1. Lebenspartnerschaftsunterhalt nach § 5 LPartG	1566
2. Trennungsunterhalt nach § 12 LPartG	1570
3. Der nachpartnerschaftliche Unterhalt nach § 16 LPartG	1575
4. Gerichtliche Geltendmachung	1580
§ 8 Unterhalt und Sozialleistungen	1581
A. Das Verhältnis von Sozial- und Unterhaltsrecht	1581
I. Die verschiedenen Sozialleistungen	1581
II. Die Reform des Sozialrechts zum 1.1.2005 und weitere Änderungen	1582
III. Sozialleistungen als anrechenbares Einkommen im Unterhaltsrecht	1583
1. Einkommensersetzende Sozialleistungen	1583
2. Subsidiäre Sozialleistungen	1584
3. Bedürftigkeit beim Bezug subsidiärer Sozialleistungen	1586
4. Leistungsfähigkeit beim Bezug subsidiärer Sozialleistungen	1587
5. Verwirklichung des Nachrangs und Rechtsschutz	1589
B. Sozialhilfe und Unterhalt	1590
I. Abgrenzung von Sozialhilfe und Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II	1590
II. Hilfebedürftigkeit	1592
1. Einsatzgemeinschaft („Bedarfsgemeinschaft“)	1592
2. Einsatz des Einkommens und des Vermögens	1594
III. Hilfe zum Lebensunterhalt	1600
1. Anspruchsberechtigung	1600
2. Notwendiger Unterhalt	1601
IV. Sonstige Hilfearten	1606
V. Der Übergang des Unterhaltsanspruchs auf den Sozialhilfeträger	1607
1. Abgrenzung des § 94 SGB XII vom Übergang anderer Ansprüche	1607
2. Übergehende Unterhaltsansprüche; Ausschluss des Anspruchsübergangs	1608
3. Umfang des Forderungsübergangs	1611

Inhaltsverzeichnis

4. Wirkung des Anspruchsübergangs	1614
5. Unterhalt für die Vergangenheit, Rechtswahrungsanzeige	1616
6. Unterhaltsverzicht und Unterhaltsvereinbarungen	1618
7. Laufende Zahlung des Unterhalts	1618
8. Unterhalt volljähriger Kinder	1619
9. Unbillige Härte	1620
VI. Sozialhilferechtliche Vergleichsberechnung	1622
1. Rechtslage bis zum 31.12.2004	1622
2. Inhalt der gesetzlichen Neuregelung	1623
VII. Geltendmachung des Unterhaltsanspruchs im Prozess	1628
1. Konsequenzen des Anspruchsübergangs	1628
2. Rückübertragung des übergegangenen Unterhaltsanspruchs ...	1630
3. Erneute Abtretung an den Sozialhilfeträger	1633
4. Konkurrenz zwischen Unterhaltsberechtigtem und Sozialhilfeträger	1633
5. Abänderungsverfahren	1634
VIII. Rechtslage bei Ausschluss des Anspruchsübergangs	1635
1. Geltendmachung des Unterhaltsanspruchs durch den Sozialhilfeträger	1635
2. Geltendmachung des Unterhaltsanspruchs durch den Leistungsberechtigten	1636
C. Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung und Unterhalt ...	1640
I. Anspruch auf Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	1640
1. Verhältnis zur Sozialhilfe und zur Grundsicherung für Arbeitsuchende	1640
2. Voraussetzungen und Art der Leistungen	1641
3. Bewilligungszeitraum	1644
II. Das Verhältnis von Unterhaltsansprüchen zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	1644
1. Überblick	1644
2. Einsatzgemeinschaft	1645
3. Unterhalt zwischen getrennt lebenden oder geschiedenen Ehegatten (Lebenspartnern); Betreuungsunterhalt nach § 1615l BGB	1645
4. Elternunterhalt	1646
5. Unterhalt volljähriger Kinder	1649
6. Unterhalt zwischen Verwandten zweiten Grades	1650
D. Die Grundsicherung für Arbeitsuchende und Unterhalt	1650
I. Grundsicherung und Sozialhilfe	1650
1. Die Reform des Sozialrechts zum 1.1.2005	1650
2. Abgrenzung von der Sozialhilfe und der Jugendhilfe	1652
3. Zuständigkeiten	1652
II. Anspruchsvoraussetzungen	1654
1. Berechtigter Personenkreis	1654
2. Alter	1657
3. Gewöhnlicher Aufenthalt	1658
4. Erwerbsfähigkeit	1658
5. Hilfebedürftigkeit; Einsatz von Einkommen und Vermögen ...	1659
III. Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts	1662
1. Bürgergeld	1663
2. Bürgergeld für nicht Erwerbsfähige (früher Sozialgeld)	1666
3. Berechnung des Bürgergeldes und des Sozialgeldes	1666

4. Sonstige Geldleistungen	1667
5. Ausschließlichkeit der Leistungen nach dem SGB II	1669
IV. Leistungsfähigkeit des Unterhaltspflichtigen bei Bezug von Grundsicherung für Arbeitsuchende	1669
1. Erwerbsobligieheit	1669
2. Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende als unterhaltsrechtliches Einkommen des Pflichtigen	1669
V. Bezug von Grundsicherung für Arbeitsuchende durch den Unterhaltsberechtigten; Anspruchsübergang	1671
1. Subsidiarität der Grundsicherung	1671
2. Anspruchsübergang	1672
3. Kraft Gesetzes übergehende Unterhaltsansprüche	1673
4. Umfang des Anspruchsübergangs	1674
5. Unterhalt für die Vergangenheit	1676
6. Vergleichsberechnung	1677
7. Keine Härteregelung	1678
8. Laufende Zahlung des Unterhalts	1679
9. Geltendmachung des übergegangenen Anspruchs	1679
10. Rückübertragung und erneute Abtretung des Unterhaltsanspruchs	1679
VI. Rechtslage bei Ausschluss des Anspruchsübergangs	1680
1. Geltendmachung des Unterhaltsanspruchs durch die Träger der Grundsicherung	1680
2. Geltendmachung des Unterhaltsanspruchs durch den Leistungsempfänger	1681
E. Unterhaltsvorschuss und Unterhalt	1682
I. Die Voraussetzungen des Unterhaltsvorschusses	1682
II. Anspruchsübergang	1684
III. Verhältnis von Sozialhilfe und Grundsicherung für Arbeitsuchende zum Unterhaltsvorschuss	1687
F. Ausbildungsförderung und Unterhalt	1688
I. Voraussetzungen und Dauer der Förderung	1688
II. Das Verhältnis von Ausbildungsförderung und Unterhalt	1690
1. Ausbildungsförderung und Vorausleistung	1690
2. Anspruchsübergang	1690
§ 9 Auslandsberührungen	1693
A. Materielles Recht	1693
I. Rechtsquellen	1693
1. Europäische Unterhaltsverordnung (EuUnthVO)	1694
2. Haager Unterhaltsprotokoll 2007 (HUP 2007)	1696
3. Haager Übereinkommen über das auf Unterhaltspflichten anzuwendende Recht (HUÜ 73)	1698
4. Haager Abkommen über das auf Unterhaltspflichten gegenüber Kindern anzuwendende Recht (HUÜ 56)	1699
5. Innerdeutsches Kollisionsrecht und bilaterale Verträge	1699
II. Definition der Unterhaltspflicht	1699
III. Anwendbares materielles Recht – Unterhaltsstatut	1701
1. Gesetzliche Grundlagen	1701
2. Vorbehalt nach Art. 15 HUÜ	1702
3. Gewöhnlicher Aufenthalt	1702
4. Subsidiarität	1703
5. Gemeinsame Staatsangehörigkeit	1705
6. Recht des Gerichtsstaats	1706

Inhaltsverzeichnis

7. Verstoß gegen den Ordre Public	1706
8. Folgen einer Scheidung	1707
9. Wahl des anzuwendenden Rechts	1709
10. Auf öffentliche Träger übergegangene Unterhaltsansprüche ...	1710
IV. Bemessung des Unterhalts	1710
1. Allgemeines zur Bedarfsermittlung	1710
2. Bedarfskorrektur nach Ländergruppeneinteilung	1711
3. Bedarfskorrektur mit Hilfe der Verbrauchergeldparität und der vergleichenden Preismiveaus	1713
4. Bedeutung der Teuerungsziffern für den Kaufkraftausgleich der Auslandsbesoldung	1729
V. Währung	1740
VI. Ausgewählte Länder	1740
Belgien	1741
1. Allgemeines	1741
2. Kindesunterhalt	1741
3. Ehegattenunterhalt	1742
4. Familienunterhalt	1743
Bosnien-Herzegowina	1744
1. Allgemeines	1744
2. Kindesunterhalt	1744
3. Ehegattenunterhalt	1745
4. Unterhalt des außerehelichen Partners	1746
5. Sonstiger Verwandtenunterhalt	1746
6. Allgemeine Vorschriften zur Bestimmung des Unterhalts	1747
Dänemark	1748
1. Kindesunterhalt	1748
2. Ehegattenunterhalt	1749
England und Wales	1750
1. Kindesunterhalt	1750
2. Ehegattenunterhalt	1753
3. Allgemeine Grundsätze	1755
Finnland	1756
1. Kindesunterhalt	1756
2. Ehegattenunterhalt	1758
3. Unterhaltsanspruch eines Lebenspartners	1759
Frankreich	1759
1. Kindesunterhalt	1759
2. Ehegattenunterhalt	1760
3. Familienunterhalt	1763
Griechenland	1763
1. Kindesunterhalt	1763
2. Ehegattenunterhalt	1764
3. Verwandtenunterhalt	1765
4. Allgemeine Grundsätze	1766
Irland	1767
1. Kindesunterhalt	1767
2. Ehegattenunterhalt	1768
Italien	1769
1. Kindesunterhalt	1769
2. Ehegattenunterhalt	1771
3. Verwandtenunterhalt	1774

Kroatien	1774
1. Kindesunterhalt	1774
2. Ehegattenunterhalt	1777
3. Unterhalt für den außerehelichen Partner und die Mutter des nichtehelich geborenen Kindes	1777
4. Verwandtenunterhalt	1778
5. Allgemeine Vorschriften zur Bestimmung des Unterhalts	1778
Montenegro	1779
1. Kindesunterhalt	1780
2. Ehegattenunterhalt	1780
3. Unterhalt des außerehelichen Partners	1781
4. Verwandtenunterhalt	1782
5. Allgemeine Vorschriften zur Bestimmung des Unterhalts	1783
Niederlande	1784
1. Kindesunterhalt	1784
2. Ehegattenunterhalt	1787
3. Verwandtenunterhalt	1789
4. Allgemeine Vorschriften zur Bestimmung des Unterhalts	1789
Norwegen	1790
1. Kindesunterhalt	1790
2. Ehegattenunterhalt	1792
Österreich	1793
1. Kindesunterhalt	1793
2. Ehegattenunterhalt	1795
Polen	1799
1. Kindesunterhalt	1799
2. Ehegattenunterhalt	1802
3. Verwandtenunterhalt	1804
4. Unterhalt aus gemeinsamer Elternschaft	1805
5. Allgemeine Vorschriften	1805
Portugal	1806
1. Kindesunterhalt	1806
2. Ehegattenunterhalt	1807
3. Verwandtenunterhalt	1809
4. Unterhaltsanspruch der Kindesmutter	1809
Rumänien	1810
1. Kindesunterhalt	1810
2. Ehegattenunterhalt	1811
3. Verwandtenunterhalt	1813
4. Allgemeine Vorschriften	1813
Schottland	1815
1. Kindesunterhalt	1815
2. Ehegattenunterhalt	1815
3. Allgemeine Grundsätze	1816
4. Verfahrensrecht	1817
Schweden	1818
1. Kindesunterhalt	1818
2. Ehegattenunterhalt	1821
Schweiz	1822
1. Kindesunterhalt und Unterhalt des betreuenden Elternteils	1822
2. Ehegattenunterhalt	1826
3. Verwandtenunterhalt	1832
4. Allgemeine Vorschriften	1832

Inhaltsverzeichnis

Serben	1833
1. Kindesunterhalt	1833
2. Ehegattenunterhalt	1833
3. Unterhalt der Mutter eines Kindes und des außerehelichen Partners	1835
4. Verwandtenunterhalt	1835
5. Allgemeine Vorschriften zur Bestimmung des Unterhalts	1835
Slowenien	1837
1. Kindesunterhalt	1837
2. Ehegattenunterhalt	1838
3. Unterhalt des außerehelichen Partners	1841
4. Verwandtenunterhalt	1841
5. Allgemeine Vorschriften	1841
Spanien	1842
1. Kindesunterhalt	1842
2. Ehegattenunterhalt	1843
3. Verwandtenunterhalt	1845
Tschechische Republik	1845
1. Kindesunterhalt	1845
2. Ehegattenunterhalt	1847
3. Unterhalt aus gemeinsamer Elternschaft	1848
4. Verwandtenunterhalt	1848
Türkei	1849
1. Kindesunterhalt	1849
2. Ehegattenunterhalt	1850
3. Verwandtenunterhalt	1855
Ungarn	1856
1. Kindesunterhalt	1856
2. Ehegattenunterhalt	1858
3. Verwandtenunterhalt	1860
Vereinigte Staaten von Amerika (USA)	1861
1. Kindesunterhalt	1862
2. Ehegattenunterhalt	1864
B. Verfahrensrecht einschließlich Vollstreckung	1866
I. Rechtsquellen	1866
1. Europäische Unterhaltsverordnung Nr. 4/2009 (EuUnthVO)	1867
2. Haager Unterhaltsübereinkommen vom 23.11.2007 (HUVÜ 2007)	1868
3. Verordnungen (EG) Nr. 44/2001 (Brüssel I-VO = EuGVVO) und Nr. 1215/2012 (Brüssel Ia-VO = EuGVVO-neu)	1870
4. Haager Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung von Unterhaltsentscheidungen vom 2.10.1973 (HUVÜ 73)	1872
5. Haager Kindesunterhaltsübereinkommen vom 15.4.1958 (HKUVÜ 58)	1873
6. Europäisches Gerichtsstands- und Vollstreckungsübereinkommen vom 27.9.1968 (EuGVÜ)	1873
7. Luganer Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 30.10.2007 (LugÜ)	1874
8. Bilaterale Abkommen	1875

9. Verordnung (EG) Nr. 805/2004 vom 21.4.2004 zur Einführung eines europäischen Vollstreckungstitels für unbestrittene Forderungen (EuVTVO)	1875
10. UN-Übereinkommen über die Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen im Ausland vom 20.6.1956	1877
11. Verordnung (EG) Nr. 1393/2007 vom 13.11.2007 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- oder Handelssachen in den Mitgliedstaaten (EuZVO) ..	1877
12. Haager Übereinkommen über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke im Ausland in Zivil- und Handelssachen vom 15.11.1965 (HÜZA)	1878
13. Verordnung (EU) 2020/1783 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2020 über die Zusammenarbeit zwischen den Gerichten der Mitgliedsstaaten auf dem Gebiet der Beweisaufnahme in Zivil- oder Handelssachen (EuBVO) ..	1879
14. Haager Übereinkommen über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- und Handelssachen	1879
15. Europäisches Übereinkommen betreffend Auskünfte über ausländisches Recht vom 7.6.1968	1880
16. Anerkennungs- und Vollstreckungsausführungsgesetz – AVAG	1881
17. Auslandsunterhaltsgesetz – AUG	1881
18. Nationales Verfahrensrecht bei Auslandsbezug	1882
II. Internationale Zuständigkeit und Verfahren	1882
1. Internationale Zuständigkeit	1882
2. Rechtsschutzbedürfnis	1895
3. Abänderung ausländischer Unterhaltstitel	1895
4. Einstweiliger Rechtsschutz	1898
5. Verfahrenskostenhilfe	1900
III. Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Unterhaltstitel	1900
1. Unmittelbare Vollstreckbarkeit nach der EuUnthVO	1902
2. Exequaturverfahren	1904
3. Anerkennungs- und Vollstreckungshindernisse	1906
4. Umsetzung durch nationales Recht	1909
5. Anerkennung und Vollstreckung nach nationalem Recht	1912
IV. Beitrittsgebiet (ehemalige DDR)	1916
§ 10 Verfahrensrecht	1917
A. Verfahrensgegenstand und gerichtliche Zuständigkeit	1917
I. Vom Unterhaltsprozess zum Verfahren in Unterhaltssachen	1917
II. Verfahrensgegenstand	1919
1. Unterhaltssachen als Familienstreitsachen (§ 231 I FamFG)	1919
2. Mischverfahren	1924
3. Unterhaltssachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit (§ 231 II FamFG)	1925
III. Die gerichtliche Zuständigkeit	1925
1. Die sachliche Zuständigkeit	1925
2. Die örtliche Zuständigkeit	1927
3. Die internationale Zuständigkeit	1931
4. Kompetenzkonflikte	1933
5. Die funktionelle Zuständigkeit	1939
B. Die Schaffung von Unterhaltstiteln im Hauptsacheverfahren	1940
I. Der Leistungsantrag	1940
1. Allgemeines	1940
2. Rechtsschutzbedürfnis und Titulierungsinteresse	1942

Inhaltsverzeichnis

3. Die Beteiligten und deren Vertretung	1944
4. Formen des Leistungsantrags in Unterhaltssachen	1953
5. Das erstinstanzliche Verfahren	1955
6. Verfahrensrechtliche Auskunftspflichten (§§ 235, 236 FamFG) ..	1958
7. Die Endentscheidung	1968
8. Anderweitige Arten der Verfahrensbeendigung	1979
II. Der Widerantrag (§ 33 ZPO)	1979
1. Allgemeines	1979
2. Voraussetzungen des Widerantrags	1980
3. Die Beteiligten des Widerantrags	1982
4. Sonderformen des Widerantrags	1983
5. Gerichtsstandsvereinbarungen	1984
6. Wertfestsetzung, Kostenentscheidung und Beschwer	1984
III. Unterhaltssachen im Verbundverfahren (§ 137 II 1 Nr. 2 FamFG)	1984
1. Zweck des Verbundverfahrens	1984
2. Unterhaltssachen als Folgesachen	1985
3. Die Entstehung des Verbunds	1987
4. Verfahrensgrundsätze im Verbundverfahren	1991
5. Die Abtrennung einer Unterhaltsfolgesache vom Verbund ..	1993
6. Die Unterhaltsfolgesache in der Verbundentscheidung	1997
IV. Der Stufenantrag (§ 254 ZPO)	2000
1. Antragsgegenstand	2001
2. Verfahrensrechtliche Behandlung des Stufenantrags	2002
3. Der Stufenantrag im Scheidungsverbund	2004
4. Kostenentscheidung, Anordnung der sofortigen Wirksamkeit und Wertfestsetzung	2004
5. Verfahrenskostenhilfe für Stufenanträge	2006
6. Besonderheiten des Beschwerdeverfahrens	2007
V. Der isolierte Antrag auf Auskunftserteilung, Belegvorlage oder Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung	2008
1. Allgemeines	2008
2. Der Anspruch auf Auskunftserteilung	2008
3. Der Anspruch auf Belegvorlage	2010
4. Der Anspruch auf Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung ..	2010
5. Bestimmtheit des Antrags (§ 253 II Nr. 2 ZPO)	2011
6. Verfahrensrechtliche Sonderfragen	2011
7. Besonderheiten des Beschwerdeverfahrens	2012
8. Vollstreckung	2015
VI. Das Mahnverfahren (§ 113 II FamFG, §§ 688–703d ZPO)	2016
C. Die Abänderung von Unterhaltstiteln im Hauptsacheverfahren	2016
I. Die Abänderung gerichtlicher Endentscheidungen (§ 238 FamFG)	2016
1. Allgemeines	2016
2. Rechtsnatur des Abänderungsantrags	2018
3. Anwendungsbereich des § 238 FamFG	2018
4. Abgrenzung zum Vollstreckungsabwehrantrag (§ 767 ZPO) ...	2021
5. Abgrenzung zur Vollstreckungserinnerung (§ 766 ZPO)	2026
6. Abgrenzung zum negativen Feststellungsantrag	2026
7. Abgrenzung zum Zusatz- oder Nachforderungsantrag	2027
8. Abgrenzung zum Rechtsmittelverfahren	2027
9. Zulässigkeit des Abänderungsantrags	2029
10. Die Begründetheit des Abänderungsantrags im Allgemeinen ...	2037
11. Veränderung der tatsächlichen oder rechtlichen Verhältnisse ...	2037
12. Wesentlichkeit der Veränderung	2044

13. Tatsachenpräklusion nach § 238 II FamFG	2045
14. Anpassung der Ausgangsentscheidung nach § 238 IV FamFG ..	2051
15. Darlegungs- und Beweislast im Abänderungsverfahren	2054
16. Die Abänderungsentscheidung	2056
II. Die Abänderung von Vergleichen und Urkunden (§ 239 FamFG)	2058
1. Allgemeines	2058
2. Die Abänderung eines Vergleichs nach § 794 I Nr. 1 ZPO ..	2060
3. Die Abänderung einer vollstreckbaren Urkunde	2067
III. Die Abänderung von Unterhaltstiteln nach altem Recht	2071
1. Allgemeines	2071
2. § 36 Nr. 1 EGZPO	2072
3. § 36 Nr. 2 EGZPO	2074
4. § 36 Nr. 3 und 4 EGZPO	2074
IV. Nicht titulierte Unterhaltsvereinbarungen	2075
D. Kindesunterhalt bei Feststellung der Vaterschaft (§ 237 FamFG)	2077
I. Allgemeines	2077
II. Das Titulierungsverfahren nach § 237 FamFG	2077
1. Zulässigkeitsvoraussetzungen	2077
2. Die gerichtliche Zuständigkeit	2078
3. Verfahrensgrundsätze	2079
4. Beschränkung des Verfahrensgegenstands (§ 237 III FamFG) ..	2080
5. Die Endentscheidung	2081
6. Rechtsmittel	2082
III. Das Abänderungsverfahren nach § 240 FamFG	2083
1. Normzweck und Anwendungsbereich	2083
2. Abgrenzung zu anderen Verfahren	2083
3. Zulässigkeitsvoraussetzungen	2084
4. Verfahrensgrundsätze	2084
5. Die zeitliche Zulässigkeit der Abänderung nach § 240 II FamFG	2085
6. Die Endentscheidung	2087
7. Rechtsmittel	2087
E. Das vereinfachte Verfahren über den Unterhalt Minderjähriger (§§ 249 ff. FamFG)	2087
I. Allgemeines	2087
II. Statthaftigkeit des vereinfachten Verfahrens (§ 249 FamFG)	2089
1. Unterhalt eines minderjährigen Kindes	2089
2. In einem anderen Haushalt lebender Elternteil als Antragsgegner	2090
3. Maximale Unterhaltshöhe	2091
4. Erstmalige Unterhaltsfestsetzung (§ 249 II FamFG)	2092
III. Abgrenzung zu anderen Verfahren	2094
1. „Normales“ Unterhaltsverfahren und Abänderung nach § 240 FamFG	2094
2. Einstweiliger Rechtsschutz	2095
IV. Der Ablauf des vereinfachten Verfahrens und die Endentscheidung	2096
1. Die gerichtliche Zuständigkeit	2096
2. Die Antragstellung	2096
3. Die Zurückweisung des Antrags nach § 250 II FamFG	2099
4. Der Verfahrensfortgang bei einem zulässigen und schlüssigen Antrag	2101
5. Einwendungen des Antragsgegners (§ 252 FamFG)	2102

Inhaltsverzeichnis

6. Folgen der Einwendungen	2108
7. Der Festsetzungsbeschluss (§ 253 FamFG)	2110
8. Die Endentscheidung bei anderweitiger Verfahrensbeendigung	2113
V. Die Beschwerde im vereinfachten Verfahren (§ 256 FamFG)	2113
1. Die Beschwerde gegen die in der Hauptsache ergangene Endentscheidung	2113
2. Die Anfechtung der Kosten(grund)entscheidung oder Kostenfestsetzung	2120
VI. Das Abänderungsverfahren nach § 240 FamFG	2121
VII. Der Übergang in das streitige Verfahren nach § 255 FamFG	2122
F. Einstweiliger Rechtsschutz	2125
I. Allgemeines	2125
II. Die einstweilige Anordnung nach § 246 FamFG	2126
1. Verfahrensrechtliche Voraussetzungen	2126
2. Die gerichtliche Zuständigkeit	2130
3. Der Ablauf des Verfahrens	2133
4. Die Endentscheidung	2135
5. Verfahrensbeendigung durch Vergleichsschluss	2136
6. Der Antrag auf Durchführung einer mündlichen Verhandlung nach § 54 II FamFG	2137
7. Der Antrag auf Aufhebung oder Änderung der Entscheidung nach § 54 I FamFG	2138
8. Einleitung des Hauptsacheverfahrens bzw. Erzwingung der Einleitung (§ 52 II FamFG)	2140
9. Rechtsmittelaußschluss und weitere Möglichkeiten der Rechtsverfolgung	2144
10. Das Außerkrafttreten einer einstweiligen Anordnung	2149
11. Die Vollstreckung einer einstweiligen Anordnung	2156
III. Die einstweilige Anordnung vor Geburt eines Kindes nach § 247 FamFG	2156
1. Allgemeines	2156
2. Verfahrensrechtliche Voraussetzungen	2157
3. Die gerichtliche Zuständigkeit	2158
4. Der Ablauf des Verfahrens und die Endentscheidung	2158
IV. Die einstweilige Anordnung bei Feststellung der Vaterschaft nach § 248 FamFG	2159
1. Allgemeines	2159
2. Verfahrensrechtliche Voraussetzungen	2160
3. Die gerichtliche Zuständigkeit	2162
4. Der Ablauf des Verfahrens und die Endentscheidung	2162
5. Schadensersatzansprüche	2164
V. Der Arrest in Unterhaltssachen (§ 119 II FamFG, §§ 916 ff. ZPO)	2165
1. Allgemeines	2165
2. Verfahrensrechtliche Voraussetzungen	2165
3. Die gerichtliche Zuständigkeit	2167
4. Der Ablauf des Verfahrens und die Endentscheidung	2167
5. Die Vollziehungsfrist des § 929 II FamFG	2168
6. Mögliche Rechtsbehelfe	2169
7. Schadensersatzansprüche	2171
G. Weitere unterhaltsrechtliche Verfahren	2171
I. Das Feststellungsverfahren (§ 256 ZPO)	2171
1. Allgemeines	2171
2. Feststellungsinteresse	2173

3. Abgrenzung zu anderen Verfahren	2174
4. Darlegungs- und Beweislast	2175
5. Endentscheidung und Reichweite der Rechtskraft	2175
6. Verfahrenswert	2176
II. Unterhaltsrechtliche Verfahren wegen ungerechtfertigter Bereicherung, Erstattung und Schadensersatz	2176
1. Rückforderung von Unterhalt wegen ungerechtfertigter Bereicherung (§§ 812 ff. BGB)	2176
2. Antrag auf Erstattung von Unterhaltszahlungen	2179
3. Antrag auf Schadensersatz	2179
III. Das Wiederaufnahmeverfahren (§ 118 FamFG, §§ 578–591 ZPO)	2181
H. Vollstreckungsrecht	2182
I. Die Vollstreckung von Unterhaltstiteln	2182
1. Allgemeine Vollstreckungsvoraussetzungen	2182
2. Mögliche Arten der Zwangsvollstreckung	2184
II. Ausgewählte Rechtsbehelfe im Klauselerteilungs- und im Vollstreckungsverfahren	2186
1. Die Klauselrechtsbehelfe	2186
2. Die Vollstreckungserinnerung (§ 766 ZPO) und die sofortige Beschwerde (§ 793 ZPO)	2186
3. Das Vollstreckungsabwehrverfahren (§ 767 ZPO)	2186
I. Rechtsmittel in Unterhaltsachen	2191
I. Allgemeines	2191
II. Die Beschwerde gegen Endentscheidungen (§§ 58 ff. FamFG)	2191
1. Stathaltigkeit	2191
2. Beschwerdeschrift	2192
3. Ausschließliche Empfangszuständigkeit des Ausgangsgerichts	2196
4. Beschwerdefrist	2197
5. Beschwerdedwert über 600 EUR oder Zulassung der Beschwerde	2201
6. Beschwerdebegründung	2204
7. Beschwerdebegründungsfrist	2208
8. Wiedereinsetzung bei Versäumung der Beschwerde- (begründungs)frist	2210
9. Verfahrenskostenhilfe im Beschwerdeverfahren	2217
10. Die Erweiterung der Beschwerde	2223
11. Die Antragsänderung bzw. Antragserweiterung	2224
12. Die Beteiligtenänderung	2225
13. Die Beschwerdeerwiderung	2225
14. Der Gang des Beschwerdeverfahrens	2225
15. Die Beschwerdeentscheidung	2228
16. Die Rücknahme der Beschwerde	2232
17. Der Verzicht auf die Beschwerde	2234
III. Die Anschlussbeschwerde (§ 66 FamFG)	2235
IV. Die Anfechtung von Kostenentscheidungen	2237
1. Die Beschwerde nach §§ 58 ff. FamFG	2237
2. Die sofortige Beschwerde nach §§ 567 ff. ZPO	2238
V. Die sofortige Beschwerde gegen Zwischen- und Nebenentscheidungen (§§ 567 ff. ZPO)	2239
VI. Die Rechtsbeschwerden	2241
1. Die Rechtsbeschwerde nach §§ 70 ff. FamFG	2241
2. Die Rechtsbeschwerde nach §§ 574 ff. ZPO	2246

Inhaltsverzeichnis

VII. Die Anhörungsrüge	2249
1. Statthaftigkeit der Rüge	2249
2. Zulässigkeitsvoraussetzungen	2251
3. Gang des Verfahrens	2252
Anhang D	2255
Anhang R	2265
Sachverzeichnis	2665

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG